

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Monatspreis 1,10 Mark pro Monat, vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat. Abonnement in die Welt, Zeitungs-Bestellung. Unter Abdruck für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die festgedruckte Annoncenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berufungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. (Sorte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 25. September 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der amerikanische Zolltarif.

New York, 10. September. (Fig. Ver.)

Mit 44 gegen 37 Stimmen nahm gestern der Bundes-Senat, allerdings mit vielfachen Abänderungen, den Zolltarifentwurf an, den der Abg. Underwood am 22. April d. J. im Auftrag des Präsidenten Wilson im Repräsentantenhaus eingereicht hat. Wider alle Erwartung gestattete unser mit Recht als Hort der Reaktion und der Geldsackinteressen verurteiltes Oberhaus die Vorlage besser, als sie bei der Verabschiedung im Repräsentantenhaus war. Sah der Zolltarifentwurf in der von der Zweiten Kammer beschlossenen Fassung eine Reduktion der Zollsätze um durchschnittlich 21 Proz. vor, so bedeutet er nach den Beschlüssen des Senats eine Herabsetzung der Zolllasten um rund 25 Proz.

Vom Freihandel, zu dem sich die demokratische Partei in der Theorie bekannte, sind wir allerdings noch weit entfernt. Immerhin muß es der seit dem 4. März d. J. herrschenden Partei zugestanden werden, daß sie ihre vor der Wahl gemachten Versprechungen teilweise einlöst. Sie erkreute sich dabei der Mitwirkung einiger Progressiver und radikal gerichteter Republikaner.

Obgleich die nunmehr gesicherte Zolltarif-Revision in die Zeit ihrer Herrschaft fällt, haben die Demokraten doch keinen moralischen Anspruch auf Anerkennung. Nur vor den politischen Folgen einer Unterlassung und ökonomische Rücksichten waren ihre Motive.

Darin sind Demokraten, Republikaner und Rooseveltianer (Progressive) einander gleich, daß sie als treue Sachwalter des Großkapitals handeln, so lange sie dadurch nicht ihr politisches Todesurteil unterschreiben. Daher ist es für die Gestaltung unserer Politik, auch unserer Zollgesetzgebung ziemlich gleichgültig, welche kapitalistische Partei am Ruder ist. Es läßt sich dem auch nicht sagen, daß die Wählerschaft am 5. November letzten Jahres gerade den Demokraten den Auftrag zur Revision des Zolltarifs erteilt hätte. Denn trotz der stärkeren Wahlbeteiligung hatte die demokratische Partei gegenüber dem Jahre 1908 einen Verlust von 128000 Stimmen zu verzeichnen.

Auch die Massen der bürgerlichen Wähler ohne Unterschied der Parteirichtung beginnen sich — hauptsächlich dank der sozialistischen Aufklärungsarbeit, die sich nur zum geringsten Teil in der Zunahme unserer Stimmenzahl äußert — gegen die staatliche Förderung des industriellen Großkapitals und der die Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse kontrollierenden Trusts aufzubäumen. Sie beginnen an der Wahlurne für den an ihnen verübten Verrat Vergeltung zu üben. Verliert er sein Mandat, so kann der Durchschnitts-Parlamentarier sich nicht mehr an der Blindierung des Bundes beteiligen. Gilt es den Kampf um die politische Existenz, so müssen die Rücksichten auf die Interessen gewisser großkapitalistischer Kreise vor dem Trieb der Selbsterhaltung zurücktreten. Zudem reden die 900000 sozialistischer Stimmen des letzten Jahres (bei den vorangegangenen Nationalwahlen 424000) denn doch eine zu deutliche Sprache, um von den Gesetzgebern so gänzlich mißverstanden zu werden. Aus dem politischen Selbsterhaltungstrieb unserer Proletarier wird die Zolltarifrevision geboren.

Daß die weitaus überwiegende Mehrheit der zolltarif-revisionsfreundlichen Senatoren und Repräsentanten aus Demokraten besteht, erklärt sich aus dem heutzutage sachlich nicht mehr bestehenden Gegensatz zwischen den früher kleinstädtischen demokratischen und der von jeher offen großkapitalistischen republikanischen Partei, als deren linker Flügel die Rooseveltianer angesehen werden können. Denn dieser „historische Gegensatz“ führt trotz der heutigen inneren Gleichartigkeit der bürgerlichen Parteien dahin, daß die Demokraten in Wahlkreisen, in denen der Einfluß der Hochfinanz (die Verdrängung des Industriekapitals durch das Finanzkapital ist hier noch weiter vorgeschritten als in Deutschland) weniger übermächtig ist, die besten Wahlaussichten haben. Aber soweit die Masse ihrer Wähler ihre ökonomischen Interessen unter dem noch geltenden Payne-Adrich-Zolltarif besser gewahrt glauben, stimmten auch die Demokraten, ja diejenigen aus Louisiana gegen die Underwood'sche Vorlage.

Der Hauptanlaß für die Beseitigung der Lebensmittelzölle und die Herabsetzung der Zölle auf einige Rohstoffe liegt aber auf ökonomischem Gebiet. Durch die rapide industrielle Entwicklung Amerikas ist der Bedarf an Lebensmitteln so stark gestiegen, daß die Landwirtschaft der Nachbarländer nicht mehr im gleichen Maße genügen kann, wie in früheren Jahrzehnten. Die Forderung als internationale kapitalistische Erscheinung macht sich daher von Jahr zu Jahr in stärkerem Maße auch in den Vereinigten Staaten bemerkbar. Da aber Amerika alles Interesse hat, seine Industrie weiter zu entwickeln und konkurrenzfähig zu machen, Lebensmittelzölle bekanntlich aber die Herstellungskosten der Industrie durch die infolge der teuren Lebensmittelpreise notwendigen Lohn-erhöhungen verteuern und die Wettbewerbsfähigkeit hindern, entschließen sich die Vereinigten Staaten zur Beseitigung der Nahrungsmittelzölle.

Ein ähnliches Interesse liegt bei der Beseitigung und Ermäßigung der Industriezölle vor. In erster Linie werden wieder landwirtschaftliche Maschinen des Zollschutzes beraubt,

einmal um die agrarische Produktion zu heben, sodann aber, weil es sich um eine Produktion handelt, bei der Amerika ohnehin an der Spitze der Leistungsfähigkeit steht. Sodann werden von der Maßregelung besonders Rohstoffe betroffen, um der Industrie der Fertigfabrikate Erleichterungen zu bringen. Auch hier wollen die Vereinigten Staaten, die bisher im wesentlichen Rohprodukte ausführten, bei den steigenden Ansprüchen Ostasiens an Erzeugnissen der weiterverarbeitenden und Verfeinerungsindustrie den Konkurrenzkampf gegen die europäischen Exportländer aufnehmen.

In dieser Richtung gingen auch die Abänderungen, die der Senat an den Beschlüssen des Repräsentantenhauses vornahm. Er merzte die Bestimmung aus, daß den auf amerikanischen Schiffen importierten Waren ein fünfprozentiger Zollrabatt gewährt wird. Er beseitigte die Zölle auf lebendes Vieh, auf Weizen und verschiedene andere landwirtschaftliche Produkte sowie um die Farmer zu „beruhigen“, auf landwirtschaftliche Maschinen, deren Preis der Harvester (Erntemaschinen) Trust stark in die Höhe trieb. Ferner genehmigte nach dem im Senat angenommenen Abänderungen gußeiserne Röhren, Zement, Glas, Hanf, Pelze, Seife, Pulver, Kino-Films, Alpaka-Wolle, billige Wolldecken und Maschinen für die Zuderfabrikation vom 1. Januar 1914 an Zollfreiheit, während die Abschaffung der Zuderzölle stufenweise erfolgt und am 1. Mai 1916 völlig in Kraft tritt.

Aber auf der andern Seite beschloß der Senat eine geringe Erhöhung der Zölle auf Baumwollfabrikate und die Neueinführung eines Zolles von 1 Cent (4 1/4 Pf.) auf je 10 Pfd. Bananen, die hierzulande ein Lebensmittel der breiten Massen sind.

Unter Zugrundelegung der Einfuhr des letzten Jahres verursacht die Zollrevision nach den Beschlüssen des Senats der Bundeskasse einen jährlichen Ausfall von 44 Millionen Dollar (187 Millionen Mark). Dieser Ausfall wird voraussichtlich durch die im Rahmen des Zolltarifentwurfs beschlossene Bundeseinkommensteuer mehr als ausgeglichen. Sollte das Repräsentantenhaus alle Einkommen von weniger als 4000 Dollar (17000 Mark) steuerfrei lassen, so setzte der Senat die Grenze der Einkommensteuerfreiheit auf 3000 Dollar (12750 Mark) herab. Auf der anderen Seite beschloß das Oberhaus eine stärkere Progression der mit einem Prozent beginnenden Steuerzölle, die bei Jahreseinkommen von 500000 Dollar und mehr (2125000 Mark) 6 Prozent betragen und damit ihre Höchstgrenze erreichen.

Durchaus vertretlich ist die dem Präsidenten übertragene Vollmacht, gegen die Erzeugnisse derjenigen Länder, welche den Vereinigten Staaten nicht die Vorteile einer meistbegünstigten Nation gewähren, diskretionär Zollsätze zur Anwendung bringen zu lassen. Sehr zweideutig ist auch die so human und sozial klingende Vorschrift, daß Waren, deren Herstellung zum größten Teil durch Kinder erfolgte, von der Einfuhr ausgeschlossen sind. Wenn unsere Gesetzgeber der Schande der Kinderarbeit ein Ende bereiten wollen, so haben sie hierzulande, namentlich im Süden, nur allzu reichlich Gelegenheit, diesen löblichen Entschluß zu betätigen. Das in den Zolltarif aufgenommene, an und für sich ja nur zu begrüßende Einfuhrverbot ist denn auch nichts weiter als ein heuchlerischer Versuch, das Gebiet der virtuos gelübten Zollschikane zu erweitern und durch diesen Winkeltzug die Wirkung der Zollrevision zugunsten besonders mächtiger Industrien wieder aufzuheben, ja sogar in ihr Gegenteil zu verkehren. Fehlt ja doch jede Kontrolle darüber, ob und in welchem Umfange Kinder bei der Fabrikation der Importware beschäftigt waren.

Da der Senat an der vom Repräsentantenhaus beschlossenen Tarifbill Änderungen vornahm, hat sich noch eine aus Mitgliedern der beiden Häuser des Kongresses bestehende Konferenz mit dem Zolltarif-Entwurf zu beschäftigen. Daß dabei eine Einigung und zwar, von einzelnen Amendements abgesehen, im Sinne des Senats zustande kommt, und daß die beiden Häuser die Konferenzvorschlüsse annehmen, unterliegt keinem Zweifel. Des Präsidenten Zustimmung ist gewiß. Mit dem 1. Januar 1914 tritt also ein neuer amerikanischer Zolltarif in Kraft.

Daß die Konferenz einige Verbesserungen des Senats wieder rückgängig machen wird, lehrt folgendes Telegramm:

Washington, 24. September. Im Konferenzkomitee wurde ein Zusatzantrag eingebracht, der die Erhebung eines Strafzölles in Fällen gestattet, in denen ein ausländischer Fabrikant die Einfuhrnahme in seine Wäcker verweigert.

Arbeitslosenfürsorge in der Schweiz.

Aus Zürich wird uns geschrieben:
 In der Schweiz macht die Forderung der Arbeitslosenfürsorge durch Staat und Gemeinden allmählich Fortschritte. Von den 25 Kantonen leisten bereits sechs an Gewerkschaften Beiträge, und zwar sind dies die Kantone Genf, Basel, Zürich, St. Gallen, Thurgau und Appenzel a. Rh. Gesetzlich geregelt sind diese Verhältnisse nur in den Kantonen St. Gallen, Basel-Stadt und Genf. Das St. Galler Gesetz stammt bereits aus dem Jahre 1894, stand aber nach dem Mißerfolge der bloß zwei Jahre bestehenden allgemeinen obligatorischen kommunalen Arbeitslosenversicherung der Stadt St. Gallen nur auf dem Papier. Erst seit 1910 werden nach den Bestimmungen des Gesetzes gewerkschaftliche Arbeitslosenkassen

unterstützt, und zwar erhielten 1912 6 Gewerkschaften 1165 Fr. und 1913 8 Gewerkschaften 2600 Fr. Die für 1912 unterstützten sechs Gewerkschaften sind: 1. Die Arisenkasse schweizerischer Hand- und Fabrikarbeiter, 2. der Textilarbeiterverband, 3. der Zeichnerverband, 4. 12 Sektionen der Arbeiterunion St. Gallen, 5. die Sektion St. Gallen des christlichen Holzarbeiterverbandes und 6. der christliche Textilarbeiterverband. Die Beiträge machten zuerit 35 Proz. der von den Gewerkschaften geleisteten Arbeitslosenunterstützungen aus, sie sind nun aber auf 50 Proz. erhöht. Nicht ganz korrekt ist die summarische Aufführung der subventionierten Sektionen der Arbeiterunion St. Gallen; es handelt sich in den subventionierten zwölf Sektionen natürlich um ebensoviele Gewerkschaften, womit dann die Gesamtzahl der vom Kanton St. Gallen nach dem Genfer System unterstützten Gewerkschaften auf 18 bezw. 20 steigt.

In Basel besteht eine vom Staat organisierte Arbeitslosenkasse, die Ende des 2. Quartals 1913 1327 Mitglieder zählte und in der besten Entwicklung begriffen ist. Das konstatiert auch ausdrücklich die Verwaltungskommission der Arbeitslosenkasse in ihrem Bericht pro 1912, in dem sie anspricht, daß das dritte Berichtsjahr ein Jahr erfreulicher Entwicklung gewesen ist. Die Kasse funktioniert ohne Störungen und Schwierigkeiten, obgleich ihre Inanspruchnahme gegen die Vorjahre bedeutend gestiegen ist. Die in Betracht kommenden Verhältnisse haben wir in den drei Jahren des Bestehens unserer Kasse soweit kennen gelernt, daß sich die Arbeit mit einer ruhigen, vertrauensverweckenden Sicherheit abwickelt.

Diese Feststellungen sind wichtig und beachtenswert. Sie bedeuten einen befriedigenden und ermutigenden Erfolg der staatlichen Arbeitslosenerziehung, der in Basel zur Umwandlung des Fakultativums in das Obligatorium, also zum Verdrängungszwang, aber ohne Zwangslösen führen sollte, denn die gewerkschaftliche Arbeitslosenerziehung mit Staatsbeitrag muß gesichert bleiben.

Die freiwillige Mitgliedschaft bringt es mit sich, daß die große Mehrzahl der Mitglieder Bauarbeiter sind (1912: 67,9 Proz.), welche am sichersten und häufigsten von Arbeitslosigkeit heimgesucht sind. Die übrigen „Handwerker“ machten 1912 nur 4,7 Proz. aus, die Fabrikarbeiter 11,8 Proz. und „sonstige Verufe“ 15,6 Proz.

Im Jahre 1912 waren 905 (49,7 Proz.) Mitglieder 17463 Tage arbeitslos, wovon 67,9 Proz. Bauarbeiter waren. Einschließlich der gewährten Reisegelder von 112 Fr. wurden insgesamt 84630 Fr. an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt. Unter den Einnahmen befinden sich 9433,80 Fr. Staatsbeiträge. Die Zahlen haben sich im Jahre 1912 gegenüber 1911 mehr als verdoppelt, der Staatsbeitrag in um das Dreifache gestiegen.

Mit der Baseler Arbeitslosenkasse ist auch der staatliche Arbeitsnachweis verbunden, von dem die Kassemitglieder (auch die subventionierten Gewerkschaften) vor anderen Arbeits-suchenden bevorzugt werden. Die Verwaltungskommission der Arbeitslosenkasse ist auch darauf bedacht, die Staatsverwaltung zur Ausführung projektiierter Arbeiten zu veranlassen, um Arbeits-gelegenheit zu schaffen.

Subventionen nach dem Genfer System erhielten die Gewerkschaften der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Typo- und Lithographen, sowie der Zimmerleute (zusammen fünf Organisationen) im Gesamtbetrag von 3412 Fr. (40 bis 50 Proz. ihrer Ausgaben).

Der Kanton Zürich hat im Jahre 1911/12 die Summe von 2485 Fr. als Subvention für Arbeitslosenfürsorge ausgegeben. Davon erhielt den Hauptanteil die Stadt Zürich. Der Kanton Appenzel a. Rh. hat im Jahre 1912 1601 Fr. an Arbeitslosensubventionen ausgegeben. Es wurden 50 Proz. der von den Organisationen ausbezahlten Arbeitslosenunterstützung zurückvergütet. Der Kanton Thurgau hat zum erstenmal im Jahre 1911 den Beitrag von 475 Fr. an die Arisenkasse des Textilarbeiterverbandes geleistet und 1912 wahrscheinlich die gleiche Summe. Dabei handelt es sich um 25 Proz. der vom genannten Verband geleisteten Arbeitslosenunterstützung; inzwischen ist dieser Satz auf 35 Proz. erhöht worden. Vom Kanton Genf, der 1910 2343 Fr. und 1911 1953 Fr. Staats-Unterstützung (gleich 60 Proz. der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung) an 8 bezw. 10 Gewerkschaften leistete, liegt für 1912 der Bericht noch nicht vor. Insgesamt dürften die sechs Kantone im Jahre 1912 ca. 37000 Fr. für die Arbeitslosenunterstützung ausgegeben haben.

Die kommunale Arbeitslosenkasse der Stadt Bern zählte Ende 1912 686 Mitglieder. Arbeitslos waren 321 Mitglieder, von denen 260 für Angehörige zu sorgen hatten. Insgesamt wurden 1006 Personen von der Arbeitslosigkeit und deren Folgen betroffen. An Arbeitslosenunterstützung wurden 19130,25 Fr. ausgegeben. Die Stadt leistete den festen Beitrag von 12000 Fr. wie seit Jahren. Der Bericht konstatiert einmal, daß die Ordnung unter den Ver-sicherten im allgemeinen immer gut war, und sodann, daß die meisten Versicherten das ganze Jahr beim gleichen Meister arbeiten und nur wenige Rufe hatten, den sechsmonatigen Ausweis vorlegen zu können. Es sind also ordentliche, in gutem Sinne des Wortes arbeitswillige Arbeiter, die sich als Arbeitslose melden und keine „arbeitschuen Elemente“, wie Scharfmacher und andere kapitalistische „Ordnungsmenschen“ so häufig die Arbeits-losen beschimpfen.

Die Stadt Zürich verzeichnete bereits am 23. November 1912 680 Arbeitslose, wovon 619 Familienvorstände mit zusammen 2272 Angehörigen waren. Unterstützt wurden sie von der Stadt mit 67300 Fr.

Die Stadt St. Gallen sowie ihre Nachbargemeinden Tablat und Graubühl haben im Jahre 1912 an Arbeitslose Gutscheine à 50 Cts. im Gesamtbetrag von 10243 Fr. abgegeben und für 37993 Fr. Arbeitslöhne Notstandsarbeiten ausführen lassen. In der Schreibstube wurden stellenlose Kaufleute beschäftigt. Inwiefern auch andere Gemeinden Arbeitslosenfürsorge betätigten, dar-

über liegen keine Berichte vor. Immerhin sei festgestellt, daß Arbeitslose nicht nur in den genannten Städten, sondern auch in anderen Gemeinden mit Notstandsarbeiten beschäftigt werden.

An der Spitze der Arbeitslosenfürsorge in der Schweiz steht noch immer die organisierte Selbsthilfe der Arbeiter in den Gewerkschaften. Im Jahre 1912 veranlagten 11 Verbände 88 945 Fr. für Arbeitslosenunterstützung, 16 Verbände 42 712 Fr. für Reise, und 13 Verbände 10 453 Fr. für Umzugsunterstützung, ferner 9484 Fr. in Notfällen, insgesamt 151 594 Fr., also erheblich mehr als Gemeinden und Kantone zusammen.

Gegenwärtig sind Gemeinden wie Zürich, Winterthur, St. Gallen usw. mit der Vereinfachung von Notstandsarbeiten zur Beschäftigung von Arbeitslosen beschäftigt, die Stadt Zürich auch mit dem Projekt der Einführung einer doppelseitigen Arbeitslosenversicherung (kommunale Arbeitslosenklasse und Unterstützung der Gewerkschaften).

Zur Kanton Neuchâtel liegt ein Gesuchentwurf vor zur Arbeitslosenversicherung der Lohnarbeiter. Ebenfalls für diese Arbeiterkategorie ist im Kanton Bern im Jahre 1911 in etwas feltamer Form eine Arbeitslosenklasse gegründet worden. Es handelt sich dabei um eine „Stiftung“, die von einer 18gliedrigen Kommission verwaltet wird, die aus dem Direktor (Minister) des Innern und je sechs Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer besteht. Dabei bezahlen die Unternehmer aber keine Beiträge, die vielmehr nur von den versicherten Arbeitern und vom Kanton (jährlicher Staatsbeitrag von 5000 Fr.) aufgebracht werden. Es liegt da der Fall vor, daß die Unternehmer zwar alle Rechte, aber keine Pflichten haben. Der Fall charakterisiert die heutige, die Demokratie schändende kapitalistisch-agrarische Klassenherrschaft im Kanton Bern. Die Klasse soll mit der Arbeitslosenunterstützung erst beginnen, wenn sie einen Fonds von 100 000 Fr. hat, und solange hätte auch der Eintritt der Wirtschaftskrise warten können. Der Fonds soll erst 75 000 Fr. betragen und da können natürlich arbeitslose Lohnarbeiter keine Unterstützung beanspruchen. Der Kanton Bern aber braucht seine Mittel für Agrar- und Mittelstandspolitik. Im Bund wird die Frage der Arbeitslosenfürsorge ebenfalls erörtert, und zwar auf Grund einer von der sozialdemokratischen Fraktion des Nationalrates eingebrachten Erklärung, nach der der Bundesrat Bericht und Antrag über die Fürsorge für unverschuldete Arbeitslose einbringen soll, und zwar mit dem Sinne, ob nicht insbesondere die Versicherung gegen die Folgen unverschuldeter Arbeitslosigkeit durch den Bund zu fördern und zu unterstützen sei.

Es ist also zusammenfassend zu sagen, daß in der Schweiz an Arbeitslosenunterstützung schon etwas geschehen ist, wobei, abgesehen von den Gewerkschaften, der Kanton Basel-Stadt mit seinen Einrichtungen an der Spitze steht. Es handelt sich dabei indes immer nur um Anfänge, die in einer allgemeinen, gesetzlich geordneten Arbeitslosenunterstützung ihren Ausbau finden müßten.

Politische Uebersicht.

Parlamentarier und Abonnementensammler.

Herr Mathias Erzberger, dem einst die „Köln. Volkszeitg.“ nichts weniger als sympathisch war, scheint neuerdings unter die Abonnementensammler für dieses Blatt gegangen zu sein; aber nicht als schlichter Privatmann, sondern in seiner Werbetätigkeit den nötigen Nachdruck zu verschaffen, unter starker Betonung seiner Eigenschaft als Parlamentarier, der überall seine Hand im Spiele hat. Nach dem „Gann. Kurier“ hat er kürzlich an die Zentralauskunftsstelle für Auswanderer folgende Schreiben gerichtet:

Von verschiedenen Seiten gehen mir Klagen zu, daß Sie die „Kölnische Volkszeitung“ nicht halten, obwohl dieses Blatt durch seine Auslandsmitarbeiter, die vielfach Missionare sind, sehr dankenswerthes Material für Auswanderer bietet. Da Sie eine erhebliche Subvention von Reichsmitteln genießen, darf ich annehmen, daß es nur dieses Hintertwieses bedarf, um dem angelegenen Zentrumblatt die Tür zu öffnen, und bitte um gefällige Mitteilung, ob Sie meinem Wunsche zu entsprechen gedenken.

Herrn Erzbergers Schreiben ist zwar etwas ungeschickt, illustriert aber dafür um so prächtiger die Dualität der herrschenden Moral. Der Hinweis auf die Reichssubvention ist so dumm, daß die Frage nahe liegt, ob der Brief des Abgeordneten nicht unter den Begriff der Erpressung fällt. Jedenfalls beweist Herr Erzberger eine solche Geschäftsmäßigkeit, daß der Verlag der „Köln. Volkszeitung“ ernstlich erwägen sollte, ihn als Ober-Abonnementensammler und Annoncensammler anzustellen. Auch für den Vertrieb der schwäbischen Erzberger-Germundellen würde er sich sicherlich qualifizieren.

Sozialdemokratische Stichwahlhilfe

Wird von allen bürgerlichen Parteien heiß begehrt, aber keine dieser Parteien hat den Mut, das einzugehen. Ganz im Gegenteil bildet die Verschuldung, sozialdemokratische Stichwahlhilfe begehrt oder angenommen zu haben, einen der belächeltesten Vorwürfe, die sich die bürgerlichen Parteien gegenseitig an den Kopf werfen. In einer Privatklage des fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Dr. Wendorf gegen den konservativen Parteisekretär Jordan wurde jetzt wieder vor dem Schöffengericht Barmen (Mendenburg) festgestellt, daß das Vorstandsmittglied des konservativen Vereins in Waldahn, der Bauernmeister Reinhold, bei der Haupt- und Stichwahl 1912 die sozialdemokratischen Führer dort ersucht hat, ihre Parteifreunde zur Wahl des konservativen Kandidaten in der Stichwahl zu veranlassen. Er hat sogar in Aussicht gestellt, daß der konservativen Kandidat v. Walckahn bereit sein würde, den ersten Teil der Jenaer Stichwahlbedingungen zu unterschreiben. Das Gericht stellte fest, daß ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit dafür spreche, daß Reinhold seinen Versuch zur Erlangung der sozialdemokratischen Stichwahlhilfe für den konservativen Kandidaten im Auftrage oder mit Wissen der konservativen Partei unternommen hat. In seiner Verteidigungsrede führte der konservativen Parteisekretär aus: „Keine Partei könne sich davon freisprechen, daß sie versuche, zu der Stichwahl Hilfe von anderen Parteien, wo sie sie finden könne, zu nehmen. Das sei nichts Verwerfliches.“

Wenn das nur alle bürgerlichen Parteien immer eingestehen wollten, dann wäre der ganze Skandal über Stichwahlabkommen mit der Sozialdemokratie hinfällig. Auch das Zentrum hat erst neuerdings in Württemberg wieder versucht, sozialdemokratische Stichwahlhilfe dadurch zu erlangen, daß es versprach, später den Sozialdemokraten den Reichstagswahlkreis des Demokraten Haugmann anzuliefern. Das Angebot wurde natürlich abgelehnt, denn das Zentrum wird hater Stein und Wein schwören, daß es nie den Sozialdemokraten mit Stichwahlangeboten gekommen sei.

Stärkere Schuldentilgung — in Preußen.

Nach einer Parlamentskorrespondenz beabsichtigt die preussische Finanzverwaltung eine beschleunigte Tilgung eines Teiles der preussischen Staatsschuld durzuführen. Mit den dazu erforderlichen Vorarbeiten werde sich der preussische Landtag präzis in der Frühjahrssession 1915 befassen. — Die preussische Staatsschuld ist für 1913 auf 9 901 769 068 Mark, die Verzinsung auf 366 345 860 M., die gesetzliche Prozentsatz Tilgung auf 59 410 615 M. angesetzt.

Preußen wird sich ja auch voraussichtlich den Luxus einer stärkeren Schuldentilgung leisten können, trotzdem den

preussischen Staatsschulden hinsichtlich reale Werte gegenüberstehen; die Eisenbahnanlagen, die industriellen Bergwerke, die Forsten und Domänen usw. Für Preußen läge also die Notwendigkeit einer stärkeren Schuldentilgung wirklich nicht so dringend vor, vielmehr könnten ohne Gefährdung der Staatsfinanzen reichliche Ausgaben für Kulturzwecke gemacht werden. Um so mehr, als Preußen ja auch nicht Gefahr läuft, durch einen Niedergang der Konjunktur allzu fühlbar in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Denn wenn auch die das Rückgrat der preussischen Staatsfinanzen bildenden Eisenbahneinnahmen erheblich zurückgehen sollten, so böte ja der seit einigen Jahren angesammelte, jetzt schon mindestens eine halbe Milliarde betragende Ausgleichsfonds die Möglichkeit, die Mindereinnahmen auszugleichen und damit leicht über die mageren Jahre hinwegzukommen. Trotzdem will man nicht neue Kulturaufgaben in Angriff nehmen, sondern eine raschere Schuldentilgung eintreten lassen.

Im Metage hat man es nicht so eilig mit der Schuldentilgung. Dort stehen zwar den mehr als fünf Milliarden Schulden so gut wie gar keine Aktiva gegenüber, da die Schulden ganz überwiegend für Rüstungsausgaben gemacht worden sind — dennoch steht die Schuldentilgung lediglich auf dem Papiere, da sie in der Hauptsache ja nur auf Abschreibungen von neuem Anleihebedarf hinausläuft. Aber das kümmert die Finanzminister des Reiches sehr wenig. Für den Rüstungswahnsinn können ruhig immer neue Schulden gemacht werden; nur wenn es gilt, auch für die soziale und geistige Hebung der Masse neue Ausgaben zu bewilligen, ist weder im Reich noch in Preußen Geld vorhanden!

Moorkultur und Bodenpreiserhöhung.

Fast alle Tage kann über außergewöhnliche Steigerungen des landwirtschaftlich genutzten Grund und Bodens berichtet werden. So berichtet die „Hannoversche Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung“, das amtliche Organ der Landwirtschaftskammer, in ihrer jüngsten Nummer wieder über ganz exorbitante Preissteigerungen von kultivierten Moor- und Heideflächen in der Provinz Hannover, die in den letzten zwanzig Jahren um das Zehn- bis zwanzigfache im Werte gestiegen seien. Diese Erscheinung ist nach dem Zeugnis desselben Blattes in der ganzen Provinz festzustellen. Nach übereinstimmenden Meldungen anderer Blätter werden jetzt zum Beispiel in den Niederungen der Ems im Obnabrückischen für ein Hektar Dehland, den man früher für 25 bis 30 M. bekommen konnte, 350 bis 450 M. bezahlt. Für eine Moorkulturlandfläche im Kreis Gimmeling, die noch vor einigen Jahren mit rund 6000 M. bewertet wurde, sind jetzt 24 000 M. geboten worden, ohne daß ein Zuschlag erteilt wurde. Bemerkenswert ist, daß hierbei die private Boden Spekulation bereits die Hände im Spiele hat, erwarb doch in der Grafschaft Bentheim eine auswärtige Firma Moorkulturland im Werte von 180 000 M. Rein Wunder, daß derartige Landkäufe außerordentlich ausgedehnt auf die Bodenpreise wirken, so zwar, daß selbst bürgerliche Blätter gegen diese Entwicklung lebhaft Bedenken äußern. So schrieb der „Hannoversche Courier“ in bezug auf die oben geschilderten Vorgänge:

Trotz aller Bedeutung, welche die Kultivierung der Dehlandereien für die Hebung der landwirtschaftlichen Lage weiterer Kreise besitzt, muß es doch als sehr wünschenswert bezeichnet werden, bei dem Verkauf der abzustumpfen Mooregebiete nicht borslich vorzugehen. Das Uebergehen großer Flächen in die Hände von Aktiengesellschaften usw. zeitigt für die Allgemeinheit nicht immer die Erfolge, die eine Veredelung des Moores durch strebende Kolonisten herbeiführt.

Diese Ausführungen sind zwar etwas unklar, sie lassen aber erkennen, daß die abnorme Preisentwicklung das Blatt mit Besorgnis erfüllt. (Ob aber, wie es von namhaften bürgerlichen Agrarpolitikern empfohlen wird, ein staatliches Vorkaufsrecht die üblen Folgen der Preisentwicklung auf die Dauer abändern kann, ist fraglich.) Wenn man Moorkulturland großen Stills treiben, dabei aber die Spekulation und damit die außergewöhnliche Preissteigerung des Grund und Bodens bekämpfen will, wird man wohl eher über zu dem härteren Mittel der Enteignung greifen müssen.

Bauernlegen.

Wenn ostelbische Großgüterbauern in ihren Besitz zu bringen wollten, entschuldigten stets die konservativen und herrschenden Zeitungen diese Bauernlegerei mit allerlei feilsamen Entschuldigungsgründen. Jetzt aber muß selbst die herrschende „Schlesische Volkszeitg.“ in Breslau, die mit den Agrariern sonst an jedem Strange zieht, zugeben, daß von dem Großgüterbesitzer Amtsrat Rhode Kurwiltzig das Bauernlegen systematisch betrieben wird. Allerdings handelt es sich in diesem Falle um eine Gegend mit stramm katolischer Bevölkerung, wo noch immer der Kleinbäuerliche Besitz mit üblicher Sicherheit in die Hände des genannten Großgüterbesitzers überging. Das genannte Blatt schreibt:

Ganze Seiten sprechen die kurzen Darlegungen über den Zusammenbruch von Bauernland durch die Verwaltung der Herrschaft Heimrichau, Kreis Münsterberg. Daß man bis heute noch keine Giegel vorzulegen kann, die dem vorkriegsständigen Nebel einen Riegel vorzulegen, ist traurig. Dieser schöne, landschaftlich und landwirtschaftlich herrliche Kreis wird so vom Großgrundbesitz ausgehöhlet und all die Bauern, die auch schon annähernd hundert Jahre auf der Scholle sigen, sind vertrieben. Ein noch viel schlimmeres Bild zeigt sich dem Freund der inneren Kolonisation, wenn er seine Schritte nach unfern besten landwirtschaftlichen Kreise lenkt, nämlich nach Rimpitz; dort steht es in zwei Bauernbüchern die aus; denn nicht weniger als 37 Auktionslaster sind im Laufe der Zeit von Herrn Amtsrat Rhode-Kurwiltzig aufgelassen, die zusammen ein Areal von circa 8100 Morgen Bauernland ausmachen. Sage und Schreibe auf nur zwei Bauernbüchern über 3000 Morgen, wo soll das hin? Die sämlichen Gehöfte von Kniegitz, ein ehemaliges Muster-Bauerndorf, sind einsam und leer geworden; ein fremdes Volk hat seine Wohnsitze in den Bauernhäusern aufgeschlagen.

Zweierlei Christentum.

„Kreuz-Zeitung“, „Post“ und andere agrarische und Schlossjunkerorgane sind höchlichst empört darüber, daß, wie der „Vorwärts“ in einer nichtpolitischen Notiz erwähnt, ein schweizerischer Pfarrer Bebel als Vorbild praktischer Nächstenliebe bezeichnet hat. Sein Glaubensbekenntnis sei zwar ein anderes gewesen als das der christlichen Kirche, so etwa harte Pfarrer Sutermeister ausgeführt, aber in seiner wertvollen Nächstenliebe, in seinem Streben, dem Guten innerhalb der Gesellschaft zum Durchbruch zu verhelfen, habe die höchste Betätigung christlicher Glaubenslehre gelegen.

Und womit beanstandet die „Kreuz-Zeitung“ diese Auffassung? Damit, daß Bebel den Nächsten nicht geliebt, sondern, soweit er nicht die rote Uniform getragen habe, gehaßt habe. Er sei Apostel leidenschaftlichen Hasses gewesen, er habe die Menschen in zwei Nationen, in die Besitzenden und die Besitzlosen unterschieden und die Besitzlosen gegen die Besitzenden ausgebezt, obwohl er selbst als Millionär zu den Besitzenden gezählt habe.

Das Märchen vom dem Millionär Bebel können wir wohl füglich auf sich beruhen lassen. Es spielt für die Sache auch wirklich keine Rolle. Denn möglicherweise dürfte es innerhalb der Sozialdemokratie wirklich Millionäre geben, ohne daß dadurch deren

politisches und soziales Glaubensbekenntnis irgendwie als minder logisch und minder aufrichtig beanstandet werden könnte. Kommt es doch darauf an, ob jemand sich politisch zur Ausplünderungsmoral des Kapitalismus bekennt oder nicht. Zeigt er die kapitalistische Praxis der Steuerbrüdergerei und der kapitalistischen Ausbeutung der Massen nicht, sondern setzt er seine ganze Kraft ein, um die Ausplünderungspraktiken der herrschenden Klasse zu beseitigen, um durch Schaffung des Selbstbestimmungsrechts der Ausgebeuteten der kapitalistischen Schmach ein Ende zu bereiten, so übt er eben praktisches Christentum.

Sehr trübt ist es aber auch, Bebel nachzusagen, daß er den anders denkenden Nächsten „gehaßt“ habe, diemeil er ein Apostel des leidenschaftlichen Hasses gewesen sei. Weder Bebel noch ein anderer Sozialdemokrat hat einen Gegner als Person, sofern er nicht durch sein persönliches Verhalten diesen Haß verdient. Er haßt auch nicht die Klasse als Verfechterin von Einzelpersonlichkeiten, sein „Klassenhaß“ besteht vielmehr in der leidenschaftlichen Bekämpfung des Systems. Bebel war der Todfeind der herrschenden Gesellschaft, weil er die schreiende Ungerechtigkeit und Kulturwidrigkeit unseres heutigen Klassenstaates, der gegenwärtigen Ausbeutung mit allen Fasern seines Herzens bekämpfte.

Das eben macht den Sozialisten, das macht nach der Ansicht des Pfarrers Sutermeister auch den wirklichen Inhalt des Kathizismus aus. Daß das Organ für Dreiklassenhass, Volksverhetzung, Kriegsschwärmerei und agrarisch-kapitalistische Volksausplünderung die verständige Auffassung eines ehrlichen Geistlichen nicht zu teilen vermag, wird diesen nicht gerade in Erstaunen setzen. Auf den Beifall der „Kreuz-Zeitungs“-Christen dürfte es dem schweizerischen Pfarrer auch schwerlich angekommen sein.

Eine Denkschrift über den Bauhinzel

wird vom Statistischen Amt vorbereitet. Die Denkschrift, die bis Ende des Jahres fertig werden und dann dem Reichstag unterbreitet werden soll, hat die Aufgabe, die Entscheidung darüber zu erleichtern, ob der zweite Teil des Gesetzes über Sicherung der Bauforderungen in Kraft treten soll. Die Erhebungen über den Bauhinzel, die vom Statistischen Amt angestellt wurden und die der Denkschrift zugrunde liegen, sind sehr umfangreich gewesen. Alle Bauhandwerker haben Fragebogen zugestellt erhalten, in denen sie ihre Erfahrungen niedergelegt hatten. Unabhängig von diesen Erhebungen sind von den Behörden weitere Erhebungen angestellt worden, aus denen festgestellt werden soll, ob gewissen Bauunternehmern und Bauleitern der Betrieb ihres Gewerbes auf Grund des § 35 Absatz 5 der Gewerbeordnung wegen Unzuverlässigkeit untersagt werden kann. Es soll sich durch diese Erhebungen herausgestellt haben, daß die Verbote des Gewerbebetriebes aus Gründen der Unzuverlässigkeit wesentlich genommenen haben.

Opfer des Klassenkampfes.

Bei dem jetzt siegreich beendeten Streik der Pader und Einbinder (Transportarbeiter) der Sommerberger Spielwarengeschäfte kam es infolge des rigorosen Verhaltens der freisinnigen Verleger (Kaufleute und Exporteure) zu Strafenlandgebungen, bei welchen auch der Polizeiführer eine große Rolle spielte. Nun sind aber nicht etwa die Unternehmer, die den armen Spielwarenarbeitern jede Lohnzulage verweigerten, auch nicht die händlichen Polizeibeamten, die mit blauer Waffe gegen die Streikenden vorgingen, angeklagt, sondern eine Anzahl Arbeiter, die angeblich Arbeitswillige wörtlich und zum Teil auch tätlich beleidigt haben sollen. Ein Duzend armer Teufel sitzt seit einem Vierteljahr in strenger Untersuchungshaft. In nächster Zeit wird das Schoungericht in Weimingen über diese Missetäter urteilen. Schöffengericht und Strafkammer haben in dieser Sache bereits einige minder schwere Fälle abgeurteilt und auf mehrere Monate Gefängnis erkannt. Nach Erhebungen des Untersuchungsrichters sollen noch mehrere schwere Strafen zu erwarten sein. Als Verteidiger fungieren die Rechtsanwälte Süßheim-Münsterberg, Hofmann-Hof und Reug-Weimingen.

Die Balkanfragen.

Die albanische Gefahr.

Das Werk der Londoner Völkerverkonferenz, das die Diplomaten so laut gepriesen hatten, zerfällt wie mürrer Zucker. Die Krönung des „Londoner Friedens“ bildeten die stürzende Bulgariens gegen die ehemaligen Verbündeten und die Türkei und die künstliche Schöpfung des albanischen Staates droht nun auch vor der definitiven Fertigstellung in die Brüche zu gehen. In Albanien herrscht Anarchie, der berüchtigte Essad Pascha hat sich gegen die provisorische Regierung erhoben und soll das Land unter die Souveränität des Sultans gestellt haben. Zugleich finden an der Grenze unaufhörliche Kämpfe statt, die zunächst den Albanern mit der Erstürmung von Dibra einen Erfolg gebracht haben. Nun antwortet Serbien mit einer teilweise Mobilisierung und auch Montenegro schickt sich zur Ergreifung von kriegerischen Maßnahmen an. In Oesterreich und Italien, den Schuttpatronen des neuen Staatengebildes, will man von diesem Vorgehen nichts wissen, während Rußland mit unvorhölhener Schadenfreude die neuen Schwierigkeiten betrachtet, die der österreichischen Politik erwachsen.

Unter diesen Umständen gewinnt die Nachricht an Wahrscheinlichkeit, daß man in London daran denke, die vertagte Völkerverkonferenz wieder einzuberufen, um die Entscheidung über die Einsetzung eines Fürsten und die Abgrenzung Albaniens zu beschleunigen. Ob dies freilich den beginnenden Kämpfen noch wird Einhalt tun können, ist zweifelhaft.

Serbische Truppen gegen Albanien.

Belgrad, 21. September. Die für die Operationen gegen die Albanen aus acht Regimentern gebildete Division befindet sich bereits auf dem Marsche nach der albanesischen Grenze.

Eine montenegrinische Erklärung.

Cetinje, 21. September. Ein offizielles Communiqué besagt: Die Regierung verfolgt die Ereignisse und Wirren in Albanien mit ununterbrochener Aufmerksamkeit und ist hauptsächlich bemüht, die Grenze gegen die unablässigen Einfälle der Albanen zu schützen. Die Truppen, die bestimmt sind, die Grenzgarmissionen abzulösen und gegenüber den Drohungen der Albanen zu verstärken, sind bereits abgegangen. Nichtsdestoweniger besteht die Befürchtung, daß man gezwungen sein könnte, energiereichere Maßnahmen zu ergreifen, wenn sich die Lage verschärfen sollte.

China.

Die periodische Presse.

Einen interessanten Einblick in die rapide Entwicklung Chinas gibt das soeben in russischer Sprache erschienene Buch von S. Polewoj. „Die periodische Presse in China“, Moskau, 1913. Der Autor gibt in seiner Schrift eine Charakteristik des Zeitungswesens in China, das in den letzten zwei Jahrzehnten einen ungeheuren Aufschwung genommen hat. Wenn die Zahl und die Verbreitung der

periodischen Presse als Maßstab der kulturellen Entwicklung eines Landes angesehen wird, muß das Tempo dieser Entwicklung in China als ein enormes bezeichnet werden. Vor 1895 gab es in China bloß 7 Tageszeitungen. Im Jahre 1895 stieg diese Zahl auf 19, 1898 auf 35, 1903 auf 65, 1907 auf 123, 1910 auf 250, 1912 auf 500. Von besonderem Interesse sind die Zahlen der letzten Jahre. In den Jahren 1910 bis 1912 hat sich die Zahl der chinesischen Zeitungen verdoppelt, ein Beweis, welche einschneidende Umwälzungen die Revolutionsbewegung, der Kampf gegen die Mandchu-Dynastie, die Hineinziehung Chinas in den internationalen Wirtschaftsverkehr im Leben des chinesischen Volkes hervorgerufen haben.

Der Konflikt mit Japan.

London, 24. September. „Morning Post“ meldet aus Shanghai, General Chang Hjuen habe gestern vormittag dem japanischen Konsulat in Hanking einen offiziellen Besuch abgestattet und sich wegen der bei den letzten Kämpfen erfolgten Tötung von drei japanischen Untertanen entschuldigt. (Damit wären die Forderungen Japans also erfüllt.)

Amerika.

Die Kämpfe in Mexiko.

New York, 24. September. Aus Piedras Negras (Mexiko) wird gemeldet: Die Aufständischen haben die Stadt Jereca im Staate Zacatecas eingenommen. Sie töteten etwa hundert Mann der Bundesstruppen, nahmen eine Anzahl Soldaten gefangen und erbeuteten viel Munition.

Aus der Partei.

Die Organisationen zum Parteitag.

Im Sozialdemokratischen Verein Wülhausen i. E. erstattete am Montagabend der Parteitag delegierter Wich über die Tagung in Jena einen Bericht, den der Reichstagsabgeordnete Emmel ergänzte. Nach längerer Diskussion, in welcher die Mehrzahl der Redner den von den beiden Referenten vertretenen Standpunkt der Parteitagsminderheit in der Massenstreik- und der Steuerfrage billigte, wurde einstimmig diese Resolution angenommen:

Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Wülhausen nimmt anerkennend Akt von dem Eintreten des Delegierten und des Abgeordneten des Kreises Wülhausen auf dem Parteitag zu Jena für die Vorbereitung von Massenstreikaktionen zur Eroberung der politischen Macht und für die konsequente Ablehnung aller Kredit- und Steuerforderungen zu militärischen Rüstungszwecken im Parlament.

Die unverkennbare Verschärfung der Klassen- wie der Parteigegensätze durch die sprunghaft wachsenden Ansprüche des Imperialismus muß für jeden Parteigenossen und jeden Arbeiter ein ständiger Anlaß sein, in Anbetracht der kommenden Kämpfe nur noch unermüdlischer zu wirken für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und für die Stärkung der Arbeiterpresse.

Die Berichterstattung über den Parteitag im 16. sächsischen Reichstagswahlkreise in Chemnitz gab Genosse Max Müller. Den Optimismus, der auf dem Parteitag bei der Jugendfrage zum Ausdruck gekommen sei, konnte Müller nicht teilen; je älter die Bewegung werde, desto größer werde sie und die Erfolge würden sich mit der Zeit schon einstellen. Nach seiner Meinung dürfe die Bevormundung nicht allzu groß sein.

Dem Bericht folgte eine ausgedehnte Aussprache, in der es mitunter recht scharf herging. Insbesondere war Gegenstand herber Kritik der Wasserbeschlüsse und der Ausschluß Handels. Beide Beschlüsse wurden als ein Skandal bezeichnet; von Gerechtigkeit sei keine Spur. Auch die Ausführungen des Genossen Scheidemann wurden ungemessen scharf angegriffen. Die radikalen Genossen waren auch mit der Erledigung der Massenstreikfrage nicht zufrieden. Man erwarte zu viel vom Parlamentarismus. Ferner wurde von radikaler Seite gesagt, man lasse sich nicht vorläuschen, daß der Parteitag gute Arbeit geleistet habe. Genosse Kubitz verlangte ein objektives Urteil über die Arbeit des Parteitages. Das Gute solle nicht verkleinert werden. Befriedigt habe allgemein der Einheitswille, der festzustellen war. Für den Massenstreik sei das Fundament, gute Organisationen, zurzeit noch nicht vorhanden. Beim Wasserbeschlusse wäre es besser gewesen, wenn eine Verdienstgrenze festgesetzt worden wäre; am besten wäre es, mit der Wasserfrage zu machen. Die Versammlung mußte vertagt werden.

Der Sozialdemokratische Verein für Erfurt hielt am Montagabend eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in der die Genossen Reichstagsabgeordneter Heinrich Schulz (Berlin) und Parteisekretär Wilhelm Apel (Erfurt) Bericht vom Jenaer Parteitag erstatteten. Genosse Heinrich Schulz behandelte vor allem die Haltung der Fraktion in der Deckungsfrage. Er vertrat die Auffassung, daß die Fraktion unter dem Zwange der Verhältnisse die Taktik einschlagen mußte, wie sie es getan habe. Die Debatte hierüber auf dem Jenaer Parteitag sei kein Richtungsstreit gewesen, denn es hätten auch Anhänger der radikalen Seite für die Taktik der Fraktion gestimmt, und der Parteitag habe sein Siegel darauf gedrückt. Der Parteitag war die Konzentration aller Kräfte der Partei, nicht zum Kampf in der Partei, sondern zur gemeinsamen Abwehr der Reaktion und zur Erlämpfung neuer Rechte und Vorteile für das Volk. — Der zweite Referent, Genosse Apel, stimmte im allgemeinen diesem Urteil zu, widersprach aber der Haltung des Genossen Schulz in der Deckungsfrage. Die Fraktion habe allerdings geplatzt, mit ihrer Taktik ihre Pflicht zu erfüllen. Der Parteitag habe ihr zugestimmt, wenn diese Frage aber in der Partei weiter diskutiert werde, dann werde vielleicht die Zeit kommen, daß die Fraktion eine andere Taktik einschlägt, weil die Masse des Volkes es wolle, sie werde zurückkehren zu der Auffassung: Dieses System keinen Mann und keinen Groschen. — Den gleichen Standpunkt vertrat Genosse Paul Reichhaus und Proger, während die übrigen Redner, Richard Friedrich, Vorsitzender der Fraktion und Arbeitersekretär H. Schrader, die Haltung der Fraktion billigten. Zum Schluß der langen Debatte wurde einer Resolution zugestimmt, in der die Genossen aufgefordert werden, im Sinne der Parteitagbeschlüsse zu handeln. Der Reichstagsfraktion wurde das Vertrauen dadurch ausgedehnt, daß die Resolution ihre guten Absichten bei der Abstimmung über die Deckungsvorlagen anerkennt. Jedoch wurde gewünscht, daß die Partei bei der Bekämpfung des Militarismus die alten Richtlinien innehalte.

Unsere Toten.

Am 23. September starb in Mannheim im Alter von 50 Jahren Genosse Robert Klein infolge eines Herzleidens. In der Partei und in der Gewerkschaftsbewegung war der Verstorbene hervorragend tätig. Seit 1902 war er Stadteroberer, seit 1904 Vorsitzender der Ortskrankenkasse, um deren Ausleben er sich große Verdienste erworben hat. Dem Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins gehörte er seit langer Zeit an. Als Landtagskandidat war Klein auch für die Partei agitatorisch tätig. Seit 1900 übte er als Wirt sein Fortkommen; sein gelernter Beruf war Dreher.

Die Polizeiarbeit gegen die Winiensche Broschüre.

In Sonneberg (S.M.) ließ die Staatsanwaltschaft im Vertriebe unserer Parteizeitschrift „Mittlerer Volksfreund“ sowie bei einigen Anzeigen nach Winiens Broschüre „Wer will unter die Soldaten?“ handsuchen. Handen wurde nichts. Auch in Straß-

burg und Mülhausen i. E. staltete die dortige Polizei den Expeditionen unserer Parteizeitschrift Besuche ab, die der Winienschen Broschüre galten. In Straßburg wurde eine Broschüre gefunden, während in Mülhausen die Polizei sich auf die Auskunft, es gäbe keine Broschüre mehr, empfahl.

Genosse Wittich-Frankfurt ersucht uns, zu konstatieren, daß er gleichfalls für die Resolution Luxemburg gestimmt hat.

Aus Industrie und Handel.

Der Weltanzenhandel im Jahre 1912.

Die „Deutsche Industrie-Korrespondenz“ vergleicht die jetzt vorliegenden Statistiken des Außenhandels aller großen Staaten. Daraus ergibt sich, daß das Jahr 1912 eine bisher nicht dagewesene Steigerung des Gesamtanzenhandels gebracht hat, an der alle Länder beteiligt sind. Großbritannien steht, sowohl was Einfuhr als auch was Ausfuhr anbelangt, an erster Stelle; Deutschland an zweiter, was die Einfuhr, die Vereinigten Staaten von Amerika an zweiter, was die Ausfuhr anbelangt. Der Wert des Gesamtanzenhandels der Welt hat 1912 die ungeheure Summe von 37,2 Milliarden Dollar erreicht. Davon entfielen auf die Einfuhr über 19 Milliarden, auf die Ausfuhr über 17 Milliarden Dollar. Der Weltanzenhandel hat sich in den letzten zwanzig Jahren mehr als verdoppelt, und drei Länder, Großbritannien, Deutschland und die Vereinigten Staaten, haben jedes für sich einen größeren Außenhandel als der gesamte Weltanzenhandel im Jahre 1890. Die Hälfte des gesamten Weltanzenhandels besteht aus der Einfuhr und Ausfuhr von fünf Ländern, Großbritannien, Deutschland, den Vereinigten Staaten, Frankreich und Holland. Die Gesamtsteigerung des Wertes des Weltanzenhandels von 1912 gegenüber 1911 betrug sich auf rund 3 Milliarden Dollar, die sich ziemlich gleichmäßig auf Einfuhr und Ausfuhr verteilen. Betrachtet man den Handel der verschiedenen Länder, so ergibt sich, daß die erwähnte Zunahme sowohl bei den Agrarstaaten, als auch bei den Industriestaaten zu beobachten ist, indem die Rohstoffe und Nahrungsmittel des einen Landes gegen die Fabrikate des andern ausgetauscht werden. Großbritannien steht, sowohl in der Einfuhr als in der Ausfuhr an der Spitze aller Nationen, wozu allerdings zu bemerken ist, daß diese Ziffern auch den Handel Englands mit seinen Kolonien umfassen. Alle Nationen, ausgenommen Frankreich, Mexiko und Ägypten, haben den Wert ihrer Einfuhr gesteigert, ebenso alle den Wert ihrer Ausfuhr, mit Ausnahme von Ungarn und Australien.

Wie die Spiritus-Zentrale ihr Monopol sichert,

dafür liefert die „Deutsche Deputations-Zeitung“ einen lehrreichen Beitrag: Es ist nicht viel mehr als ein halbes Jahr vergangen, seitdem zwei Stuttgarter Firmen (die Stuttgarter Brauerei- und Spiritusfabrik Th. Kunz u. Co. und Georg Nag, Brauerei mit Spiritusfabrik in Stuttgart) an den Verein Württembergischer Brauwirtschaftler und Stillfabrikanten herantreten sind und dem Verein offerierten, eine neue Spiritusfabrik zu errichten, wofür deren ganze Produktion von den Vereinsmitgliedern abgenommen würde. Die betreffenden Verhandlungen waren bereits dem Abschluß nahe und die Spiritusfabrik war grundsätzlich mit den Konsumenten einig geworden; denn sie hatten schon die Einrichtung der Spiritusfabrik Anton Niemerjandt in München für diesen Zweck angekauft. Da muß die Spiritus-Zentrale von der bevorstehenden Transaktion Wind bekommen haben. Die Abklärung von den Besitzern eine Entschädigung in dem hohen Betrage von 1 Million Mark. Auf dieser Basis kam denn auch der Abschluß zustande. Diese lehrreiche Sache hat ein tragisches Geistes. Tragisch für die Konsumenten, die vergeblich vergeblich dem Monopol des Ringes zu entkommen. Aber das Beispiel könnte doch auch weitere mehr lornisch anmutende Konsequenzen haben. Das Geld liegt, wie Figuren zeigt, hier auf der Straße. Man braucht bloß Kapital zu besitzen, die Gründung einer ringreichen Spiritusfabrik ernstlich zu betreiben, mit den Konsumenten zu verhandeln — kungs stellt sich die Abklärung mit verlockenden Offerten des Ankaufes ein und bezahlt Lieberpreise.

Die beiden Unternehmen sind jetzt in den Besitz einer der Spirituszentrale angegliederten Wandsbeler Dampfmaschinenfabrik übergegangen.

Kein Ende der Teuerung.

Die erneute Aufwärtsbewegung der Fleischpreise macht die Hoffnungen, die auf ein baldiges Nachlassen der allgemeinen Lebensmittelerhöhung gerichtet waren, unrichtig. Die einzige fähbare Wirkung der günstigen Entsergebnisse im laufenden Jahre war eine leichte Ermäßigung der Kartoffel- und Gemüsepreise. Im Spätsommer war diese natürlich für den einzelnen Haushalt recht willkommen, einen Ausgleich für die Verteuerung der Fleischnahrung bietet sie jedoch nicht, zumal im Winter wieder mit einer Steigerung der Preise für vegetabilische Nahrungsmittel zu rechnen ist. Für eine vierköpfige Familie, Eltern und zwei Kinder, berechneten sich die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes durchschnittlich auf Mark:

	1911	1912	1913
Juni . . .	23,97	25,85	25,95
Juli . . .	24,37	26,10	25,88
August . . .	24,65	26,08	25,83

Nach der im Monat Juli eingetretenen scharfen Steigerung der Haushaltskosten fällt die unbedeutende Ermäßigung um 0,05 M. pro Woche im Monat August natürlich gar nicht ins Gewicht. Da in diesem Winter die Versorgung der Städte mit frischen Fischen und Fleisch voranschreitlich nicht wieder im vorjährigen Umfang von den Kommunalverwaltungen in die Hand genommen wird, dürfte die zu erwartende Erhöhung der Fleischpreise noch recht ungünstig auf die Bewegung der Haushaltskosten einwirken.

Soziales.

Ein — Irrtum.

Das preussische Kultusministerium hat in väterlich fürsorgendem Wohlwollen eine Warnung vor der Ergreifung des Volksschullehrerberufs erlassen. Der sei überfüllt, weit überfüllt. Ueber 2000 Anwärter — 1000 Lehrer und 1100 Lehrerrinnen — warteten, wer weiß wie lange noch, auf eine Anstellung. Diese Tatsache ist sehr bedauerlich für die Hartenden. Aber die Ursache ihrer Beschäftigungslosigkeit muß Befriedigung, ja heile Freude erwecken. Das heißt: müßte sie erwecken, wenn tatsächlich ein Ueberfluß an Volksschullehrern und Lehrerrinnen vorhanden wäre. Das könnte nur der Fall sein, wenn es keine überfüllten Schulklassen mehr gäbe. Also schauen wir einmal zu, wie es damit steht. Das amtliche preussische Statistische Jahrbuch gibt für das Jahr 1911 folgende Zahlen: 118 schulpflichtige Kinder konnten wegen Ueberfüllung der Klassen überhaupt nicht aufgenommen werden; 4316 Kinder wurden in Halbtagsklassen, 18 706 in einlässigen, 20 519 in zweiklässigen mit 2 Schulklassen und 11 681 in dreiklässigen mit 2 Schulklassen unterrichtet. 1250 Lehrer und 207 Schullehrer waren noch mit dem niederen Ruchenannt besetzt. — Aus diesen Angaben merkt man nichts von einem Ueberfluß an Lehrkräften. Das Gegenteil beweist die Massenfrequenz. Heute noch gibt es zahlreiche Klassen mit 70, ja bis 80 und mehr Kindern. Seit 1911 haben sich die Verhältnisse in keiner Weise gebessert. Wie kam man aber von einer Ueberfüllung des Berufs reden, wenn einzelne Lehrer und Lehrerrinnen noch über 80 Kinder unterrichten müssen? Solche Klassenüberfüllung ist ein furchtbares Verbrechen gegen die Kinder, bedeutet Raubbau an der Arbeitskraft der Lehrpersonen, ohne daß die Arbeitskraft rationell ausgenutzt wurde. Lehrer verdienen viel, sehr viel unzureichende Arbeit, und die Kinder bleiben in der Entwicklung gehemmt. Solange es überfüllte Schulklassen gibt, kann es nicht zu viel Lehrpersonen geben. Wenn sie nicht angestellt werden, dann nur, weil im Militärstaat für Bildungsaufgaben, besonders für die Volksschule kein Geld vorhanden ist. Für Paraden, Orden, Lützen, Sternchen, Bettreimen, Frühstücken, für schillernden

Tand wirt man ungezählte Millionen hinaus, der Poloz Militarisismus kostet uns Jahr für Jahr Milliarden, aber trotz weit überfüllter Schulklassen bleiben 2000 Lehrpersonen unbeschäftigt — weil man sparen muß!

Ganz Preußen, ganz Junkerstaat.

Die Entlassung wegen auferwehlicher Schwangerschaft.

Trotzdem die Kaufmannsgerichte wiederholt entschieden haben — unter anderem auch das Berliner Kaufmannsgericht —, daß auferwehliche Schwangerschaft kein Grund ist, um das Dienstverhältnis sofort als aufgelöst betrachten zu können, wird diese Auffassung immer wieder angefochten. In einem vor dem Hildesheimer Kaufmannsgericht verhandelten Falle war die Klägerin als Kontoristin in einem Ladengeschäft beschäftigt und bezog ein Monatsgehalt von 75 M. Gegen Ende Juni erklärte ihr der Chef, daß es im Hinblick auf ihren Zustand besser wäre, wenn sie dem Geschäft fernbleibe. Sie tat das auch, nahm aber als selbstverständlich an, daß sie nach ihrer Genesung wieder ihre alte Tätigkeit aufnehmen könne. Sie wurde aber weder wieder eingestellt, noch wollte ihr der Chef Gehalt von Ende Juni an zahlen. Wie der Beklagte ausführte, fühle er keine Verantwortung, der Klägerin über den Tag der Entlassung hinaus Gehalt zu zahlen. Das dem Handlungsgeschäften gemäß § 63 gewährleistete Gehalt für sechs Wochen könne sich nur auf das unverschuldete Inglück einer Erkrankung beziehen. Hier liege aber, wenn man überhaupt von einer „Arbeitslosigkeit“ sprechen könne, keine reguläre Erkrankung vor, an die der Gesetzgeber bei Schaffung des § 63 gedacht habe.

Das Kaufmannsgericht hielt trotz der vorgebrachten Argumente mit Recht eine Verpflichtung des Beklagten zur Zahlung des Gehalts für 6 Wochen für vorliegend.

Grobe Ehrverletzung.

In einer rauhen Schale heißt ein guter Kern“ heißt es im Volksmund, und eine solche „rauhe Schale“ hat auch mancher Prinzipal. In nur diese Schale gar zu rauh, dann gibt sie nach einer Entschärfung des Hamburger Kaufmannsgerichts dem Angestellten berechtigten Anlaß, das Dienstverhältnis seinerseits sofort aufzulösen, ohne deshalb weiterer Ansprüche verlustig zu gehen. Der Rechtsfall, der diese Entscheidung herbeiführte, lag so, daß eine Kassiererin ihre Tätigkeit einstellte, weil der Chef sie im Laufe einer etwas erregten Auseinandersetzung anrief: „Halten Sie den Schnabel, aber ich kenne Sie beim Griss und schmeiße Sie raus!“ Wie die Klägerin vor Gericht ausführte, wäre sie öfter in ähnlicher Weise angegriffen worden, bis es ihr schließlich an dem erwähnten Tage zu viel wurde.

In der Verhandlung trat der beklagte Prinzipal berat auf, daß er selber dem Bericht das meiste Belastungsmaterial in eigener Sache lieferte. Denn als ihn der Richter wiederholt auffordern mußte, sich in seinen Ausdrücken Mäßigung aufzuerlegen, erwiderte er, „das sei so seine Art; er könne nicht anders“. Auf Grund des Ergebnisses der mündlichen Verhandlung verurteilte das Gericht den Beklagten zur Zahlung des Gehalts bis Ablauf der Kündigungsfrist. In der Begründung heißt es unter anderem: Der öfter zur Ruhe verwiesene Beklagte erklärte selber, in der Erregung vermöge er sich nicht zu beherrschen. Mag das auch nicht so höflich gemeint sein, wie es klingt, so ist doch nach Ansicht des Gerichts ein derartiger Umgangston jugendlichen weiblichen Angestellten gegenüber nicht am Platze; er kann von ihnen als erheblich ehrverletzend empfunden werden.

Gerechtigkeit muß sein!

Wieder einmal können wir eine Probe echt ostelbischer Gerechtigkeit liefern. Ein Knecht in Grünbunden in Ostpreußen war von seinem Herrn weggeschickt worden und hatte zu sehr dem Junkerfusel zugeprochsen, so daß er sich zu Hause ins Bett legen mußte. Er wurde aber vom Gutsherrn recht „anjanst“ auf ostelbische Art „geweck“. Der Knecht war darüber ergrimmt und wollte sich mit einem Fischenod wehren. Da kam er aber bei seinem „Herrn“ schon an. Dieser „beruhigte“ den Knecht dadurch, daß er ihm eine Anzahl Strohheer verleierte. Beide kamen vor das Schöffengericht zu Inkerburg, und hier kam es zu dem in solchen Fällen üblichen Spruch. Der Knecht, der eigentlich nichts gemacht hatte, erhielt — wozu haben wir denn die schöne altpreußische Gesetzbuchordnung — wegen Untermäßigkeit 10 Mark Geldstrafe, und der Gutsherr, der den Knecht mißhandelt hatte, wurde von der Anklage der Körperverletzung freigesprochen.

Es lebe die Gerechtigkeit!

Letzte Nachrichten.

Ein Solidaritätsbeschlusse für die Dubliner Ausgesperrten.

London, 24. September. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die von dem Gewerkschaftskongress nach Dublin entsandten Delegierten haben ihren Bericht erstattet, in dem sie erklären, daß sie sich überzeugt haben, daß die Arbeitgeber die Gewerkschaftsbewegung in der irischen Hauptstadt vernichten wollen. Nach Anhörung des Berichtes hat das Parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses beschlossen, sofort durch genossenschaftliche Groheinkaufsgesellschaft ein Schiff mit Nahrungsmitteln zu den bedrängten Brüdern in Dublin zu senden, wo die Not schon sehr groß und die Lebensmittelpreise beständig steigen. Das Komitee hat aus den Klassen der ihm angeschlossenen Gewerkschaften 5000 Pfund als Unterstützung bewilligt. Es hat auch einen Aufruf an die einzelnen Verbände erlassen, die Dubliner freigibt zu unterstützen. Die Aussperrung ist somit zu einem Kampfe der koalitierten Dubliner Unternehmer gegen die organisierte Arbeiterkraft des gesamten vereinigten Königreichs geworden, und der Ausgang kann nicht mehr zweifelhaft sein.

Serbisch-kürkischer Angriff auf Bulgaren.

Sofia, 24. September. (B. T. V.) Nach einer Meldung der Agence Bulgare sind die bulgarischen Grenzposten bei den Dörfern Bladovci und Nitich im Bezirk Strumitza, von serbischen Soldaten und türkischen Vassalbulgaren angegriffen worden. Das Geschwader dauerte mehrere Stunden.

Von der Arbeiterschulungskonferenz.

Bern, 24. September. In der heutigen mehrstündigen Plenarsitzung der Internationalen Arbeiterschulungskonferenz wurden die Beschlüsse der beiden Kommissionen nochmals artikelweise durchgesehen. Alle Änderungsanträge wurden, soweit sie materieller Natur waren, abgelehnt und die Kommissionsbeschlüsse mit einigen redaktionellen Änderungen genehmigt.

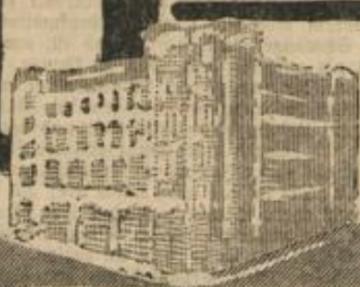
Jugentgleisung.

Gotha, 24. September. (Antikne Meldung.) Heute nachmittag 2 Uhr 25 Minuten entgleiste bei der Einfahrt in den Bahnhof Emleben der Personenzug 543 mit der Lokomotive und einem Personenzug 4. Klasse. Drei Personen wurden leicht verletzt. Der Betrieb konnte sofort wieder aufgenommen werden.

Eine Niederlage der Chinesen.

Petersburg, 24. September. (B. T. V.) Wie aus Urga gemeldet wird, sind die Chinesen bei Dolon-Nor von den Mongolen geschlagen worden. Die Chinesen sollen viele tote und verwundete gehabt und drei Geschütze, viel Munition und mehrere hundert Gewehre verloren haben.

Das vierte Haus!



Berlin, Königstrasse 33

Berlin, Chausseestrasse 113

Hamburg, Mönckebergstr. 9

Breite Str. Ecke Berlich

in Deutschland wurde vor einigen Tagen in Köln, im verkehrsreichsten Viertel, Breite Strasse, Ecke Berlich, unter ganz ungewöhnlich starker Beteiligung des Publikums eröffnet.

Dieses neue, grosszügig angelegte Geschäft — es bietet 1200 Qu.-Mtr. Verkaufsraum und 15 grossmächtige Schaufenster — wird von denselben gesunden Geschäftsprinzipien geleitet werden, die unsere anderen Geschäfte in so kurzer Zeit so gross gemacht haben, und es wird ähnliche Erfolge erzielen.

Jedenfalls bedeutet es eine wesentliche Steigerung unseres Gesamtumsatzes — dies wiederum erhöht unsere Einkaufskraft noch mehr — und hieraus ergibt sich die Möglichkeit, Sie noch vorteilhafter zu bedienen, wie bisher!

Darin liegt der Wert für SIE!



Königstr. 33
am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestr. 113
Ecke Invalidenstrasse

Sonntags bleiben unsere sämtlichen Geschäfte geschlossen!

Zur großen Fabrik

Stefan Esders

BERLIN C

Kaiser-Wilhelm-Str. 41-42
Ecke Spandauer Strasse

Ulster

26.- 30.- 37.- 45.-
52.- 60.- 70.- 80.-

Paletots

19.-24.-30.-37.-45.-
55.-65.-75.-85.-95.-

Die hervorragenden Eigenschaften meiner Konfektion sind folgende:

Ersiklass. Verarbeitung
Prima Stoffe u. Zutaten
Tadelloser, elegant. Sitz
Reelle billige Preise



Mein reich illustr. Katalog ist erschienen
u. wird auf Wunsch portofrei übersandt.

August Bebel

Ein Lebensbild für deutsche Arbeiter
Mit einem vierfarbigen Porträt August Bebels

Von Hermann Wendel

Preis 1 Mark :::: Vereinsausgabe 50 Pfennig

Der Bildhauer JULIUS OBST, BERLIN, hat eine

Büste von August Bebel

geschaffen, deren Generalvertrieb die Buchhandlung Vorwärts übernommen hat. Die Büste ist vorrätig in 3 Größen:

Größe A: 80 cm hoch, Preis 20 Mark
" B: 60 " " " 15 "
" C: 20 " " " 2 "

Größe A eignet sich zur Dekoration von großen Sälen, Größe B ist für kleinere Säle, Vereinszimmer, Partei- und Gewerkschaftsbureaus bestimmt.

Größe C sollte in keinem Arbeiterheim fehlen.

Der billige Preis von 2 Mark macht die Anschaffung allgemein möglich

Die Abgüsse der von dem Bildhauer JULIUS OBST modellierten Büste tragen ein Schild: Buchhandlung Vorwärts Berlin, worauf wir zu achten bitten.

Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts Berlin Lindenstrasse 69, und alle Vorwärts-Ausgabestellen

Die Parteipresse über den Parteitag.

„Schwäbische Tagwacht.“

... Vom Parteitag in Jena erwarteten viele einen Trompetenstoß, der die Massen zum Sammeln und zum Angriff rufen sollte. Der Trompetenstoß blieb auch nicht aus, aber gleichzeitig wurde kräftig die Trommel der Dämpfung gerührt. Darin drückt sich die ganze Unentschiedenheit und Unsicherheit aus, von der maßgebende Kreise der Partei zurzeit heimgeleitet werden.

Dem eben zu Ende gegangenen Parteitag fehlte der große Schwung, die aufspreizende Leidenschaft, die hinreißende Begeisterung.

Die Parteivorstandesresolution (zum Massenstreik) wurde mit zwei Dritteln Mehrheit in namentlicher Abstimmung angenommen. Es ist Klarheit geschaffen! Ein Drittel der Parteivorstandsdelegierten hat sich für den Willen zur Tat bekannt. Wie werden die Parteigenossen diesen Beschluß aufnehmen? Der Parteitag hat erneut gedämpft, anstatt zu entflammen. Da liegt es an den Massen, nicht unter gedämpftem Trommellärm abzutreten, sondern in der Front zu bleiben und die Führer vorwärts zu drängen. Es sind Lebensfragen, die die Massen in Bewegung gebracht haben: Die reaktionäre preussische Verfassung, die ganz Deutschland knechtet, die wirtschaftliche Krise mit der Partier Arbeitslosigkeit, die Justizhausgeleise und Pläne zur Vernichtung des Koalitionsrechtes, die niederträchtige Klassenjustiz, der drohende „ludenlose Joltarif“!

Und wo die Bewegung im Gange ist, da ist es die Aufgabe aller Organe der Arbeiterbewegung, und in erster Linie die Pflicht der Arbeiterpresse, das Feuer zu fächern.

„Frankfurter Tagespost.“

... Nicht leicht hatten es die Delegierten des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie im Jahre 1913. Die Schwierigkeiten der Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über die finanzpolitischen Vorlagen der Reichsregierung fanden ihren Widerhall in den Debatten in Jena. Und fortgesetzt wurde die, wie wir schon öfter betonten, zu unredlicher Zeit neu angespannten Erörterungen über den politischen Massenstreik. Diese Erörterungen gaben dem Parteitag sein Gepräge. Manches ließen sie zu wünschen übrig, und manche Enttäuschungen mußten sie bereiten. Hier zeigten sich so manche Gegensätzlichkeiten in der Auffassung, die sich aber im wesentlichen, wenn auch nicht immer, in höherer Sachlichkeit, ja in größerer Ruhe und in kameradschaftlicherer Bestimmung gegenübertraten, als wir das von früheren Parteitagen her gewöhnt sind. So kann der Parteitag zu Jena von 1913 gerade in dieser unserer Gegner am meisten interessierenden Richtung als ein ganz bedeutungsvoller Fortschritt festgestellt werden.

Hat der Parteitag auf der einen Seite klar die Richtungen herausgearbeitet, die innerhalb der Sozialdemokratie, der größten politischen Organisation der Welt, wirken und ganz naturgemäß wirken müssen, so hat andererseits gerade dieser Parteitag uns auch darüber belehrt, daß innerhalb und zwischen diesen Richtungen Verschiebungen und andere Begrenzungen zum Ausdruck gelangen, daß eine slavische Einheitlichkeit in keiner dieser Richtungen festzustellen ist und daß neue Gestaltungen innerhalb der Partei nach Ausdruck ringen.

Aber all diese merkwürdigen Erscheinungen, wie sie in einer späteren Zeit zu einer vorläufigen Vervollendung gedeutet werden, haben nicht mit Witz und Donner die Partei erschreckt: gerade während dieses Parteitages hat sich vielmehr eine Abschwächung mancher Gegensätze beobachten lassen. Die Mannigfaltigkeit der Anschauungen erscheint auf dem Hintergrund des Jenaer Parteitages erst recht als eine durchaus gesunde Entwicklung.

Auch die Frage des Massenstreiks ergab bei der Beschlußfassung große Schwierigkeiten, weil viele Delegierte, und durchaus nicht nur solche im Lager der sogenannten Revisionisten, diese Debatte oder wenigstens deren Zeitpunkt als unglücklich gewählt empfanden, aber auch deshalb, weil die Auswahl zwischen der Resolution des Parteivorstandes und der unter dem Namen Luxemburg vorgelegten für viele Delegierte nicht genügte. So mancher hat sich für eine der Resolutionen entschieden, weil man sich eben entscheiden mußte. Wir glauben, daß nur wenige Delegierte von der Beratung und von der Beschlußfassung vollkommen betrieblig waren.

Trotz der großen Fragen, die den Parteitag beschäftigten, trotz starker Gegensätze bei den entscheidenden Problemen, hatte auch dieser Parteitag einen stark geschäftsmäßigen Ton. Wäre es wohl auch wünschenswert gewesen, daß aus ihm noch mehr agitatorische Kraft erwachsen wäre, daß mehr Entschlossenheit in die Entscheidung getreten wäre, so war diese Tagung doch auch von hohem Nutzen und von bemerkenswerter Bedeutung. Ernst und Eifer, der Wunsch nach gemeinsamer Arbeit und nach geschlossener Kampfstellung dem Gegner gegenüber kennzeichnen auch diesen Parteitag, der in der Reihe unserer Kongresse eine ansehnliche Stellung behauptet.

„Braunschweiger Volksfreund.“

Wir können nicht mit dem „Vorwärts“ gehen, wenn er in seiner Schlußbetrachtung über den Jenaer Parteitag alles im rosigen Lichte sieht. Warum muß unter allen Umständen der übliche Festartikel geschrieben werden?

In Jena haben die Girondisten über die Jakobiner einen nicht wegzuleugnenden entscheidenden Sieg errungen. Es stehen sich nicht mehr Revisionisten und Radikale, sondern Gemäßigte und Revolutionäre gegenüber. Letztere verfügen über bereits über eine ganz ansehnliche Mehrheit, so daß von einem Erlahmen der revolutionären Triebkraft in der Partei auch nicht die Rede sein kann.

Die Parteileitung hat durch den Genossen Scheidemann die Massenaktion zurückweisen lassen, die Gewerkschaften haben sich noch entschieden gegen den Massenstreik ausgesprochen und die Zweidrittelmehrheit des Parteitages hat beiden recht gegeben.

Die Versicherung, daß man den Massenstreik schon hervorgerufen werde, wenn man ihn brauche, ist nichts als ein pietätvoll auf dem Sarge des Massenstreiks niedergelagerter Totentanz. Man kann den Massenstreik einfach nicht nach Belieben hervorholen, wenn man sich vorher viele Jahre lang an eine die Massenaktion verschämehende, ja ähnelnde Taktik gehalten hat.

Die Hera der sogenannten Gegenwartsarbeit wird also fortgesetzt, und wir werden mit Freunden mitarbeiten. Die Massenstreikidee ist ja nun einmal in ein goldenes Buddhabild umgeprägt worden, mit der Aufschrift: „Ansehen darfst es, aber anfassen nicht.“ Nur von der Ferne aus darf es als unerreichbares Idol angebetet werden.

Über die Steuerfrage sind endlose Referate gehalten worden. Wir können ihr keine so große Bedeutung beilegen, sind vielmehr mit dem „Vorwärts“ der Meinung, daß man für jeden einzelnen Fall die Entscheidung der Fraktion überlassen kann. Ja, wenn man einen entscheidenden Ausweg nicht findet, so ist es ein revolutionärer Taktik bekannt hätte, dann wäre es selbstverständlich, daß zu militärischen Zweden auch keine direkte Steuer bewilligt werden kann. Nachdem man sich aber auf die rein parlamentarische Betätigung beschränkt und der herrschenden Ordnung nicht die Massenaktionen ernstlich auf den Leib rücken will, hat auch das prinzipielle Nein, das doch unseren revolutionären Standpunkt dokumentieren sollte, nur noch die Bedeutung eines Theaterbouffons.

„Hannoverscher Volkswille.“

... Wie der Gang der Beratungen, so befriedigt auch ihr Ergebnis nicht in allen Einzelheiten. So freudig es zu begrüßen

ist, daß die Mehrheit des Parteitages zu der Massenstreikentscheidung des Parteivorstandes sowohl, als auch zu der Steuerentscheidung des Genossen Wurm sich bekannte und die Zustimmung der Reichstagsfraktion zu den Vorbedingungen gutließ — die Freude wird gedämpft durch die über Erwartung starke Minderheit, die gegen diese Entschlüsse stimmte.

Diese kleinen Schönheitsfehler wird aber die Masse der Parteigenossen gern in den Kauf nehmen angesichts des Gesamtergebnisses. Ist doch in der Massenstreikfrage, abgesehen nichts Neues gesagt worden, nichts Neues gesagt werden konnte, die Entscheidung so ausgefallen, daß dem „Rufschismus“ einmütigen der Atem ausgegangen sein dürfte. Zwar hat der Parteitag ausgesprochen, daß der Massenstreik nach wie vor eine gewaltige Waffe in der Kämpferkammer des uns seine Menschenrechte kämpfenden arbeitenden Volkes bildet. Aber die gepflogenen Beratungen haben auch für jeden, der sehen will, ergeben, daß die Anwendung dieser Waffe unter Umständen ein recht gefährliches Beginnen sein kann; daß in der Gegenwart so gut wie alle Vorbedingungen fehlen, um einen Massenstreik ins Werk zu setzen, geschweige denn zu einem siegreichen Ende zu führen, und daß vor allen Dingen ein Massenstreik zur Erringung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen zurzeit mindestens völlig aussichtslos ist. ... Geradezu unverantwortlich würde es sein, anstatt diese mühselige aber sicher zum Ziele führende Aufklärungs- und Organisationsarbeit zu verrichten, „mit der alten Taktik zu brechen, die Masse mit revolutionärem Geiste zu erfüllen und zur Massenaktion zu erziehen“ in dem Sinne, daß sie „mit bewaffneter Hand“ ihre politische Gleichberechtigung sich erkämpft. Das mühte mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Die Annahme der Entscheidung des Parteivorstandes zur Frage des Massenstreiks bildet für diejenigen Genossen, die die Anwendung dieser Waffe kaum noch abwarten konnten und können, eine empfindliche Niederlage, die noch verstärkt wird durch die Entscheidung des Parteitages zur Steuerfrage. Denn von Einzelfällen abgesehen, stimmten die Genossen, die in der Massenstreikfrage eine Niederlage erlitten, auch gegen die Wurmische Entscheidung.

„Vielefelder Volkswacht.“

Das dritte Jena war das beste! Es war keine Nebenart, als diese Tagung ein Markstein in der Geschichte der Parteientwicklung genannt wurde. Sie war aber nicht nur Markstein, sondern auch Wegweiser. Nicht zur Phrase, sondern zur praktischen Kleinarbeit für die proletarischen Organisationen weist sie uns.

„Frankfurter Volksstimme.“

Selten hat ein sozialdemokratischer Parteitag so klar und fest zum Ausdruck gebracht, daß sich Revolution und Reform im Sozialismus einen. Indem er alle unzeitigen Massenparteiaktionen abwies, betätigte er den Entschluß, den preussischen Junkern ihre Privilegien durch den wohlorganisierten Massensturm zu entreißen. Indem er sich hinter Parteileitung und Reichstagsfraktion bei den Steuerkämpfen stellte, betonte er nicht bloß die Einheit unserer Bewegung, sondern stärkte auch die Stellung unserer Reichstagsvertretung gegen Militarismus und Marinismus. Und indem er die politische Aktion für die Arbeitslosen jubelnd begrüßte und als die Hauptaufgabe der kommenden Monate unterstrich, lehnte er die Kurgewerkschaften ab und sagte er den Führern der Berufsorganisationen, daß sie im politischen Befreiungskampfe die höhere Aufgabe zu erfüllen haben.

„Anhalter Volksblatt.“

Der Parteitag hat gehalten, was wir uns von ihm versprochen haben, er hat uns eine gute Hoffnung für die Zukunft gegeben. Er ist nicht, wie ein radikales Blatt wünschte, ein zweites Dresden geworden. Mit der überwältigenden Mehrheit von fast 200 Stimmen bei 44 Dutzend Abstimmungen hat er sich in den beiden Hauptbeschlüssen über Massenstreik und Vorkämpfer für die Fortsetzung der stetigen Organisationsarbeit erklärt, die die Gesamtarbeiterbewegung in Deutschland bisher vorwärts gebracht, ja zu einer Höhe entwickelt hat, durch die sie zum Vorbild für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt geworden ist. Massenaktionen! O ja, er hat recht, aber Massenaktionen fruchtbarer Tat, nicht revolutionären Geschehens! Man streife in gewaltigen Massen mit der Kaufkraft! Man wende sie den eigenen wirtschaftlichen Unternehmungen zu! Welch eine Wucht organisierter Konsumtenmacht ist das möglich! Für 100 Millionen Mark Brot sind da organisierbar, für 500 Millionen Mark Ware im allgemeinen, wenn nur jeder Sozialdemokrat von Groß-Berlin das tut, was die Magdeburger Resolution zur Genossenschaftsfrage ihm empfiehlt. Statt 600 000 sind aber erst 75 000 organisiert. Massenbewegung! O ja! Warum schließen sich die Massen nicht zur Lösung der Wohnungsfrage zusammen? Sie ist sofort gegeben, wenn alle die Tausende Mieterfamilien sich genossenschaftlich zur Befriedigung ihres Wohnbedürfnisses zusammenschließen. Das wäre nützliche Massenaktion! Die führt zu dem Ziele, wohin wir wollen.

„Magdeburger Volksstimme.“

... Kögen die Reden und der Beschluß des Parteitages die Wirkung auslösen, daß überall im Lande in nächster Zeit die Forderung der Arbeitslosenversicherung mit solcher Kraft und solchem Nachdruck erhoben wird, daß die herrschenden Kreise vor diesem machtvollen Willen sich beugen müssen. Nicht ganz so einmütig war der Parteitag in der Beurteilung der Massenstreikpropaganda. Die Resolution ist sicher nicht unüberwindlich. Vielleicht hätte ein schärferer Ausdruck des festen unerschütterlichen Willens zur Tat auch in den Wortlaut der Entscheidung gelegt werden können. Aber bei der Entscheidung des Parteitages handelte es sich um die Frage: Organisation oder bloße Demonstration? Diese Frage war klar gestellt und sie ist so klar beantwortet worden, daß kein Zweifel über den Willen der Partei ankommen kann. Auch die Entscheidung über die Steuerfrage ist unter diesem Gesichtswinkel zu verstehen!

Da die Steuerfrage auch diesmal wieder verquillt war mit der Beurteilung der Haltung der Reichstagsfraktion bei der Abstimmung der letzten Militärvorlage, so liegt es auf der Hand, daß schon die Annahme der Wurmischen Steuerresolution eine Billigung dieser Haltung ausdrückte. Der Parteitag ging aber darüber hinaus und beschloß mit großer Mehrheit eine ausdrückliche Zustimmungserklärung. So hat denn dieser Kampf in den eigenen Reihen geadelt mit einer klaren und klaren Entscheidung, und man darf erwarten, daß nun wie alle andern Parteigenossen so auch die Mitglieder der Reichstagsfraktion sich wieder zusammenfinden werden auf dem Boden gemeinsamer fruchtbarer Arbeit.

„Münchener Post.“

Mehr als irgendeiner unserer Parteitage seit Dresden ermöglicht der letzte Jenaer Kongress eine sachliche Betrachtung seiner Arbeit. Denn der „Nichtings“-Streik, soweit er überhaupt auftrat, entbeherte diesmal erfreulicherweise jener persönlichen Schärfe, die manche Debatten so unerquicklich machte. Auch jetzt stehen die Meinungen noch hart aufeinander, auch jetzt ist der Abstand der Ansichten über die mögliche oder erwünschte Taktik noch groß genug. Allein man ist bemüht, die Mittelnie des Schwerebedens zu finden, damit das Ergebnis des Aufwandes der Argumente der Partei nütze und sie voran bringe.

Das wird in der Zukunft in noch höherem Maße der Fall sein. Denn das bestimmte und glückliche Ausschreiten Scheidemanns (in seltsamen Stimmungsänderungen des Berliner Zentralorgans selbst kritisiert) hat gezeigt, daß der Parteivorstand das Zusammenfassen der in der Bewegung wirklichen Kräfte als seine vornehmste Pflicht zu erkennen wußte. Die Vorbedingung dieser Zusammenfassung aber war die einmütige Zurückweisung jener hysterischen Schulmeistererei, die sich die deutsche Sozialdemokratie allzu lange

und allzu geduldig von russisch-polnischen Genossen gefallen ließ. Wir schämen diese Parteifreunde, achten ihren Eifer und haben vor den theoretischen Leistungen einer Rosa Luxemburg und ihrer Fähigkeiten überhaupt den größten Respekt. Aber ebensowenig wie irgendeine ausländische Parteigruppe sich von einem noch so begabten deutschen Genossen führen ließe, ebensowenig kann ein ausländischer Genosse, der naturgemäß die deutschen Verhältnisse aus dem Gesichtswinkel seines nationalen Erlebens auffaßt, die deutsche Partei führen. Und das nationale Empfinden — in diesem Falle das sozialistisch-nationale Empfinden — ist namentlich bei den russisch-polnischen Kritikern viel härter, als es ihnen selbst bewußt wird.

Zu demselben Ziele führt die kräftige Abkühlung des Versuchs, die Anteilnahme an der parlamentarischen Arbeit durch eine unverständige und jede Agitation auf die Dauer empfindlich schädigende Herabwürdigung dieses Zweiges unserer Befreiungsarbeit den Parteigenossen zu vereteln. Kritik ja; Selbsterleuchtung, Förderung einer patriotischen Tatkraft! Das ist auf dieser Teilrede das bedeutsame Endergebnis der Jenaer Debatten.

Allmählich, und nach handgreiflichen Erfahrungen, werden gewisse Parteikreise ja auch noch lernen, daß eine Oppositionspartei, eine Partei, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung beseitigen und sie durch die Ordnung der sozialen Demokratie ersetzen will, eigentlich keine treibende Ursache hat, dem spätenden Gegner ihre strategischen Geheimnisse zu verraten. Der Generalstab, der in öffentlicher Verhandlung seine Feldzugspläne vor dem Feinde entfallen wollte, würde nicht gerade eine heroische Rolle spielen. Mit dieser wenig heroischen Rolle begnügen sich aber die Parteigenossen, die ihren Eifer nicht zu zügeln verstehen und jeden mehr oder minder guten Einfall zur öffentlichen Diskussion stellen, ohne Rücksicht darauf, was für den Gegner dabei herauskommt.

Die Geburtenbeschränkung.

Die Erörterungen, welche unter dem Stichwort „Geburtsfrei“ vor einiger Zeit in Parteiverfammlungen begannen, wurden mit dem Thema „Die Geburtenbeschränkung“ in einer Mitgliederversammlung des Volksvereins für den sechsten Kreis am Dienstag wieder aufgenommen. Die im „Germaniaaal“ abgehaltene Versammlung war stark besucht. Besonders zahlreich waren die Frauen vertreten.

Die Referentin Luise Sieh setzte sich zunächst mit dem Malthusianismus auseinander und kennzeichnete dessen reaktionäre Tendenz, besprach dann den Bevölkerungszuwachs, der sich in verschiedenen Kulturstaaten seit Jahren bemerkbar macht, und beantwortete die Frage nach der Ursache dieser Erscheinung dahin: Auf der einen Seite sind es die die Volksgesundheit schwer schädigenden Tendenzen der kapitalistischen Produktion, auf der anderen Seite die bewußte und gewollte Einschränkung der Geburten durch Vorbeugungsmittel, wodurch der Rückgang der Bevölkerung bedingt ist. Die Referentin verwies darauf, daß die Verhinderung beziehungsweise Einschränkung der Geburtenzahl in den Kreisen der Weiblichen ihren Anfang nahm, jetzt aber auch in der Arbeiterklasse großen Umfang angenommen hat. So falsch es ist — sagte die Rednerin — zu sagen, der Geburtenrückgang ist ein revolutionäres Kampfmittel gegen den Kapitalismus und den Militarismus (Widerspruch), so wahr ist es, daß eine große Kindersterblichkeit für die einzelne Arbeiterfrau ein Demütis ist, sich an der Arbeiterbewegung zu beteiligen. (Lebhafte Zustimmung.) So falsch es ist, zu sagen, Not und Elend der Arbeiter kommt von ihrer großen Kinderzahl, so falsch ist es auch, wenn man sagen würde, Not und Elend könnten nicht durch Beschränkung der Kinderzahl vermindert werden. (Zustimmung.) Ich habe schon in einer früheren Versammlung betont, daß ich die Einschränkung der Geburten bei den Arbeitern nicht nur verleihe, sondern daß ich darin den heißen Wunsch der Arbeiterfrau sehe, sich an unserer Arbeiterbewegung und an unserem Kampf zu beteiligen. Die Arbeiterfrauen, die zu uns kommen, wollen nicht Arbeitsflaven, Hausflaven und Gebärmaschinen sein. Das ist es, was sie veranlaßt, die Geburten einzuschränken. Diese Erscheinung sehen wir gerade in den Kreisen der besser gestellten Arbeiter, die dadurch ihre Stellung im Wirtschaftsleben und ihre Anteilnahme an der Kultur noch verbessern wollen. (Beifall.) Wenn uns entgegengehalten wird, die Geburtenbeschränkung sei zu verwerfen, weil dadurch die Zahl der Kämpfer für unsere Sache vermindert würde, so sage ich: Eine gewaltige Vermehrung der Geburtenzahl bedeutet noch nicht eine Vermehrung der Bevölkerung, denn diese hängt nicht nur von den Geburten, sondern auch von der Sterblichkeit ab, besonders von der Säuglingssterblichkeit, die unter der Einwirkung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Proletariat ganz besonders stark ist. Wenn eine Mutter zehn Kinder zur Welt bringt und davon neun im ersten Lebensjahre der Erde des Kirchhofes übergeben muß, so trägt das nicht zur Vermehrung der Bevölkerung bei; es ist das ein furchtbarer Mißbrauch der Frauenkräfte. Wenn wir unsere Kraft einsehen für einen weisenden Mutter- und Säuglingsfürsorge, dann kann der Bevölkerungszuwachs ohne weitere Vermehrung der Geburtenzahl noch bedeutend gesteigert werden. Wenn die einzelnen Familien der Meinung sind, sie seien nicht imstande, eine größere Zahl von Kindern groß zu ziehen, oder sie könnten keine gesunden Kinder zur Welt bringen, dann ist es schon besser, daß man weniger Kinder zur Welt bringt und sie am Leben zu erhalten und zu tüchtigen, gesunden Menschen zu machen bemüht ist. (Zustimmung.) Nun gibt es Genossen, die dieser Meinung zustimmen, aber noch weiter gehen, indem sie sagen: Die Geburtenbeschränkung ist ein Kampfmittel gegen den Kapitalismus und den Militarismus. Diese Ansicht ist nicht richtig. Wenn wir die Kinder, die geboren werden, am Leben erhalten und in unserem Sinne erziehen, dann können wir dem Kapitalismus und Militarismus zu Leibe gehen, oder nicht durch Einschränkung der Geburten. — Wenn der „Geburtsfrei“ proklamiert wird, also wenn gar keine Kinder mehr geboren werden, so führt das zu unserer Vernichtung. Dann würden wir uns bald selbst beseitigt haben.

Auf einen Zwischenruf aus der Versammlung antwortet die Rednerin: Freilich bedeutet Geburtenfrei keine Kinder gebären. Bei einem Streik darf nicht gearbeitet werden, also darf auch bei einem „Geburtsfrei“ nicht geboren werden. Aber das wollen Sie gar nicht. (Zustimmung.) Sie wollen nur die Einschränkung der Geburten. Dann muß man aber nicht „Geburtsfrei“ sagen. (Widerspruchsvolles Murmeln.) Wenn nun eine Geburtenbeschränkung, vielleicht das Zweikinderstystem, durchgeführt würde, so dürfen Sie nicht glauben, daß dadurch der Kapitalismus und Militarismus geschädigt wird. Der Kapitalismus wird sich Arbeiter aus dem Auslande holen, die als Lohnbrüder auftreten und die Lebenshaltung des Proletariats herabdrücken. Es sei zwar dagegen eingewandt, man könne auch diese Arbeiter mit dem Geiste des Sozialismus erfüllen und damit sie zu Kampfgesossen erziehen. Gewiß werde dieser Versuch gemacht werden, aber mit welchem Erfolge bei den kulturarmen Menschen, die nicht lesen und schreiben können und außerdem unserer Sprache nicht mächtig sind. Der Militarismus wird, wie in Frankreich, auf die dreijährige Dienstzeit zurückgreifen und, wenn er nicht mehr genug Rekruten aus Arbeiterkreisen findet, wird er um so mehr aus dem Kleinbürger- und Bauerntum nehmen, eventuell aus den Kolonialregimenten rekrutieren. Das sind Leute, die sich nicht als unsere Brüder fühlen und die, wenn einmal der Befehl gegeben werden sollte, auf Vater und Mutter zu schießen, diesem Befehl Folge leisten würden. Eine Durchdringung dieser Schichten mit der Idee des Sozialismus ist sehr schwer, wenn nicht unmöglich.

Die Geburtenbeschränkung ist keine Frage der Politik, sondern sie ist eine private Sache jedes einzelnen. Es ist nichts dagegen zu sagen, wenn der einzelne in seiner Familie die Geburten einschränken will, aber man darf diese Angelegenheit nicht zu einer

Frage der Politik machen, man darf sie nicht als revolutionäres Kampfmittel ansprechen. Konsequent und allgemein durchgeführt, muß die Geburtenbeschränkung dazu führen, die wirtschaftliche Entwicklung aufzuhalten, was keineswegs die Entwicklung zum Sozialismus beschleunigen heißt. Dagegen wird der Ausbau des Mutter- und Säuglingsfürsorge dem Geburtenrückgang, als Folge der degenerierenden Einflüsse des Kapitalismus, entgegenwirken, ein ausgeglichener Arbeiterschutz dazu beitragen, daß ein geistig und körperlich gesundes Geschlecht zukünftiger Klassenkämpfer heranwächst, das vollendet, was wir begonnen haben, den Sozialismus zu verwirklichen. (Beifall.)

Dr. Alfred Bernstein hatte das Korreferat übernommen. Er bemerkte zu Beginn seiner Rede, daß er nicht so viel, wie er anfangs glaubte, gegen die Referentin zu sagen habe. Er wandte sich auch nur gegen einige mehr nebensächliche Punkte des Referats, unter anderem gegen die Annahme, daß Krankheiten den Geburtenrückgang in der Arbeiterklasse zum großen Teil verschuldet hätten. Der Redner ist der Meinung, daß der Geburtenrückgang auch in der Arbeiterklasse auf bewußte und beabsichtigte Geburtenverhinderung zurückzuführen sei. Das Wort, der Geburtenstreik ist ein revolutionäres Kampfmittel, ist von mir geprägt worden, sagte der Redner. Ich bin überzeugt, daß die Einschränkung der Geburten eine gewaltige Wirkung auf den Kapitalismus und Militarismus ausüben kann. (Einzelnelle schwache Zustimmung.) Es heißt, die Geburtenbeschränkung sei Privatsache. Ja, wenn Tausende, wie das in der Arbeiterklasse der Fall ist, diese Privatsache ausführen, dann wird sie zu einer öffentlichen Angelegenheit. (Zustimmung.) Die Heranziehung ausländischer Arbeiter ist nach Ansicht des Redners für unseren Klassenkampf nicht von Bedeutung. Wir haben schon 800 000 ausländische Landarbeiter in Deutschland. Zu qualifizierten Arbeiten sind die Ausländer meist nicht zu verwenden und im Falle eines Krieges ist mit sofortiger Ausweisung aller Ausländer zu rechnen. Nicht die große Zahl macht die Kraft der Menschheit aus, sondern die Qualität. Der Geist beherrscht die Menschheit, nicht die Masse. Ein Geburtenstreik in dem Sinne, daß die Arbeiterfrauen überhaupt nicht mehr gebären sollten, wäre Selbstmord. Einen solchen Geburtenstreik können wir nicht anwenden, aber eine vernünftige Geburtenbeschränkung im Sinne des Sozialismus. Wir wollen bessere und glücklichere Menschen haben. Die bekommen wir, wenn wir kleine Familien haben, also die Geburten einschränken. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sagte der Redner, die Genossinnen Zeitlin, Luxemburg und Barm haben in Arm in Arm mit dem Jesuiten- und Jesuitenträger, der in einem Buche die Geburtenbeschränkung aus Gründen der kirchlichen Moral bekämpft. — Der Vorsitzende der Versammlung wies diese Bemerkung als eine Beleidigung der genannten Genossinnen zurück. Unwilliges Rurren eines Teils der Versammlung beantwortete das Eingreifen des Vorsitzenden. — Die Schlussbemerkung des Korreferenten, dem Kapitalismus müsse ein Teil des Bodens abgegraben werden durch eine vernünftige, planmäßige Geburtenbeschränkung, fand starken Beifall.

Kun folgte eine sehr rege Diskussion. Sie wurde eröffnet durch einen Redner, der das Elend schilderte, welches er als schlecht bezahlter Arbeiter und Vater von acht Kindern erlebt hat. Bewußt sei die Geburtenbeschränkung eine Privatsache, aber man müsse die Genossen aufklären, daß sie dadurch ihre Lage erleichtern können.

Weber unterstrich die Keuzierung Bernsteins, welche bekundet, daß Bernstein, der Vater des Geburtenstreiks, von diesem Gedanken abgelenkt ist und nur noch die Einschränkung der Geburten empfiehlt. Wenn es nur das ist, dann brauchen wir nicht Bernstein und Moses, denn darüber herrscht keine Meinungsverschiedenheit, daß es dem einzelnen nicht verwehrt werden soll, die Geburten einzuschränken. Der Unterschied ist nur der, daß Bernstein diese Sache

zu einer Parteianglegenheit machen will, während sie von der Referentin als Privatsache erklärt wird. Weiter betrat der Redner den Standpunkt der Referentin, wobei er mehrfach durch lebhaften Unruhe und Widerspruch der Versammlung unterbrochen wurde.

Böhl betrat die Meinung, daß sich die Partei mit dieser Angelegenheit beschäftigen müsse, denn sie habe ein Interesse daran, daß eine taftkräftige Generation herangezogen werde. Man habe gesagt, diese Angelegenheit gehöre nicht in die Partei, sondern ins Schlafzimmer. Dagegen sei zu sagen, daß die Eheleute aufgeklärt werden müssen, ehe sie ins Schlafzimmer gehen.

Lebebour sagte unter anderem: Auch ich bin der Ansicht, daß es Privatsache jedes einzelnen ist, ob er aus wirtschaftlichen oder gesundheitlichen Gründen die Geburten einschränken will. Da hat allenfalls noch der Arzt mitzureden, aber nicht die Partei. Unter seinen Umständen kann davon die Rede sein, daß es ein revolutionäres Kampfmittel ist, wenn der Geburtenrückgang noch weiter getrieben wird, als es schon der Fall ist. Wenn die Geburtenbeschränkung ein revolutionäres, die Herbeiführung des Sozialismus begünstigendes Kampfmittel wäre, dann müßte sich diese Wirkung in Frankreich schon bemerkbar gemacht haben, wo die Bevölkerungszahl seit langer Zeit stagniert. Aber das Gegenteil ist der Fall. In Frankreich stagniert nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung und infolgedessen auch die Entwicklung des Sozialismus. Es ist ein Irrtum Bernsteins, daß der Kapitalismus nur Landarbeiter aus dem Auslande heranzieht. Es kommen auch gutsituierte Arbeiter aus dem Auslande und der Kapitalismus kann noch mehr davon bekommen, wenn er sie braucht. Durch die Geburtenbeschränkung würde sich die wirtschaftliche Entwicklung verlangsamen und wir würden, wenn wir sie propagieren, den Akt abgeben, auf dem wir sitzen. (Lufe: Ja, na.) Können Sie das widerlegen, was ich gesagt habe? Wenn nicht, dann müssen Sie mir recht geben. (Beifall.)

Dr. Moses, der mit starkem Beifall begrüßt wurde, sagte: Ich habe nie in der Geburtenbeschränkung eine Lösung der sozialen Frage erblickt, sondern ich sehe auf dem Standpunkt: Wie die Verhältnisse augenblicklich liegen, ist die Einschränkung der Kinderzugen im Arbeiterhaushalt ein notwendiges Mittel, um dem Arbeiter eine Lebensführung zu ermöglichen, die nur einigermassen des Lebens wert ist. (Zustimmung.) Der zu reiche Kinderzugen ist die Quelle von Not, Elend und Indifferentismus für Tausende von Arbeiterfrauen. Das ist keine Privatsache, denn es ist eine Erscheinung im ganzen Proletariat. Das Elend der Arbeiter hat mich zur Empfehlung des Geburtenstreiks gebracht. Es gibt führende Frauen in unseren Kreisen, welche die Geburtenbeschränkung mit denselben Gründen bekämpfen wie die Sittlichkeitsvereine. Demgegenüber sage ich: Es gibt nichts Sittlicheres, als den Arbeitern zu predigen: Setzt nicht mehr Kinder in die Welt, als ihr glaubt ernähren zu können. Wenn etwas dem Aufstieg entgegensteht, dann hat die Partei alle Ursache, sich damit zu beschäftigen. Wir können doch die Arbeiter nicht darauf verstoßen, daß es in der sozialistischen Gesellschaft besser wird, sondern wir müssen auch für ihre Besserstellung in der Gegenwart etwas tun. Wenn wir Rotbundsaktionen gegen die Arbeitslosigkeit fordern, dann müssen wir auch durch Empfehlung der Geburtenbeschränkung den Rotbund zu mildern suchen. (Starker Beifall.)

Hierauf wurde ein Schlusssatz angenommen.

Dr. Bernstein betonte in seinem Schlusssatz nochmals, daß er von einer planmäßigen Regelung der Geburten eine geistige und körperliche Hebung des Niveaus der Arbeiterschaft und eine Garantie für den Sieg des Sozialismus erwartet.

Luise Jech protestiert im Schlusssatz auf das Schärfste gegen die in der Diskussion ausgesprochene Behauptung, als ob sie seit der Versammlung in der „Neuen Welt“ ihren Standpunkt geändert habe. Es ist eine unerhörte Unterstellung — so erklärte sie — einer

Frau, die seit mehr denn 20 Jahre in der Arbeiterbewegung tätig ist und die oft genug in gegnerischen Versammlungen unerschrocken unseren Standpunkt vertreten hat, zu sagen, sie rede heute anders über dieselbe Sache als vor 14 Tagen. Glauben Sie, ich hätte Ihnen gegenüber nicht den Mut meiner Überzeugung? Und wenn Sie sich in noch so großer Zahl und in noch so heftiger Weise gegen mich wenden, meine Meinung, meine Überzeugung werde ich hartnäckig verteidigen. Aber ich habe mich — sagte die Rednerin — schon damals dagegen gewandt, daß man die Geburtenbeschränkung zu einer Parteisache machen solle, und bin der Ansicht entgegengetreten, daß die große Kinderzahl die Quelle von Not und Elend der Arbeiter sei. Die Quelle der Not und des Elends ist der Kapitalismus, vermehrt wird die Not allerdings durch eine große Kinderzahl. Durch die Formulierung der Tagesordnung für die Versammlung in der „Neuen Welt“ ist die ganze Frage auf ein falsches Geleise geschoben. Die Genossen haben von vornherein geglaubt, es solle beurteilt werden, wenn sie aus persönlichen Gründen die Geburten einschränken. Diese Meinung konnte auch bekräftigt werden dadurch, wie die Frage in der „Neuen Welt“ zuerst behandelt wurde. Dadurch haben sich die Genossen und Genossinnen in ihrer Anschauung über den Geburtenrückgang so verankert, daß sie für das, was wir ihnen über die Ursachen und Folgen des Geburtenrückgangs sagen, nicht zugänglich sind. Ich protestiere dagegen, wenn Bernstein und Moses sagen, daß sie in dieser Frage nichts anderes als Aufklärung geboten haben. Wenn sie diese Frage nur in ihren Hausarztvereinen vom ärztlichen Standpunkt behandelt hätten, was sie ja jahrelang getan haben, dann hätte keiner etwas dagegen gesagt. Wir haben uns erst dagegen gewandt, als man sagte, es ist ein revolutionäres Kampfmittel. Das taten wir, weil wir nicht wollen, daß der Blick der Arbeiterfrauen von den Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens abgelenkt wird, indem man ihnen sagt, die Kinderzahl ist die Ursache ihres Elends. Für uns ist es die Hauptsache, daß wir die Arbeiter und Arbeiterinnen über die Klassenverhältnisse aufklären und ihnen zeigen, daß Not und Elend durch die heutige Wirtschaftsordnung verursacht werden. Wenn ich so argumentieren wollte, wie es Bernstein und Moses gegen die Genossinnen Zeitlin, Luxemburg und Barm getan haben, dann könnte ich sagen, Bernstein und Moses geben Arm in Arm mit Frau Doppelius, die den Arbeitern, um Not und Elend zu beseitigen, den Wasserlädel als Mittel zur Geburtenbeschränkung empfohlen hat. (Unruhe und Protest.) Ueberlegt Euch, Genossen, ob Ihr nicht mit großer Voreingenommenheit hergekommen seid. (Widerpruch.) Ich habe den festen Glauben an den gesunden Sinn unserer Arbeiter und Arbeiterinnen und meine, wenn sie ruhiger geworden sind, werden sie unterscheiden können, daß die Geburtenbeschränkung eine Privatsache, aber keine Parteisache ist. (Beifall und Widerspruch.)

Witterungsübersicht vom 21. September 1913.

Stationen	Barometer hoh. min.	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 10 U. v. M.	Stationen	Barometer hoh. min.	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 10 U. v. M.
Swinemünde	768 RD		3 wolkig	13	Hadaranda	767 R		2 wolkig	13		
Hamburg	769 SED		2 wolkig	8	Petersburg	771 S		1 Nebel	1		
Berlin	768 R		1 wolkig	10	Scilla	753 SED		5 halb dd.	16		
Frankf. a. M.	767 RD		1 wolkig	8	Werbien	758 SED		3 bedekt	13		
München	768 SED		2 heiter	15	Paris	763 D		2 wolkig	12		
Wien	766 RB		2 bedekt	11							

Wetterprognose für Donnerstag, den 25. September 1913. Zeitweise neblig, sonst ziemlich heiter und trocken, nachts sehr kühl, am Mittag mild bei mäßigen östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

An die Arbeiter und Angestellten Berlins!

Rüstet und agitiert zur Wahl des

Ausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse d. Stadt Berlin am Sonntag, den 28. September, von 10 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm.

Die Liste der Freien Gewerkschaften und Angestellten trägt die

Ordnungsnummer I.

Gewählt wird auf die Dauer von 4 Jahren.

Wahlberechtigt sind:

- die volljährigen 21 Jahr alten Arbeitgeber und Versicherten der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Berlin;
- die volljährigen Arbeitgeber und Versicherten männlichen und weiblichen Geschlechts derjenigen Berliner Krankenkassen, deren Schließung mit dem 1. Januar 1914 erfolgt;
- die volljährigen Arbeitgeber und Versicherten derjenigen Ortskrankenkassen, deren Vereinigung auf Grund des § 268 der Reichsversicherungsordnung mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse zum 1. Januar 1914 beschlossen wird;
- Neuversicherungspflichtige und Mitglieder solcher freien Hilfsklassen, die der Allgemeinen Ortskrankenkasse meldepflichtig sind.

Als Ausweis zur Berechtigung an der Wahl gilt

die vorher beschaffte Wahlkarte.

Für Neuversicherungspflichtige und alle solche Personen, die sich eine Wahlkarte nicht beschafft haben, gilt eine Bescheinigung des Arbeitgebers, daß sie zurzeit bei ihm in Arbeit stehen.

Für Selbstzahler genügt das Mitgliedsbuch, doch ist allen Wählern zu empfehlen, sich noch vor der Wahl eine Wahlkarte zu beschaffen, damit sie am Sonntag bei der Wahl schnell abgefertigt werden können.

Die Wahlkarte erhält jedes Mitglied bei seiner alten Klasse, Neuversicherungspflichtige bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin, Köpenicker Straße 80—82.

Die Wahllokale befinden sich

für die rechts der Spree wohnenden Versicherten:

Englischer Hof, Alexanderstraße 27c

Franz Scholz, Andreasstraße 21

In Anbetracht, daß vier Listen aufgestellt sind, ersuchen wir die Mitglieder der Freien Gewerkschaften und Angestellten, die säumigen Wähler in den Betrieben aufzurütteln und zur Wahl anzuspornen.

Auf zur Wahl am Sonntag, den 28. September, von 10—6 Uhr.

Für die Liste I der Freien Gewerkschaften und Angestellten!

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend. J. A.: A. Körsten.

Comenius-Säle, Memeler Straße 67
Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 151—152
„Elysiun“, Landsberger Allee 40—41 (kleiner Saal)

A. Voeker, Weberstraße 17
Siegfried Feist, Neue Königstraße 7, 1 Treppe
Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10—11
E. Jentsch, Brunnenstraße 36
Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11—12
Moabiter Gesellschaftshaus, Wicléstraße 24
Frankes Festsäle, Badstraße 19
Pharus-Säle, Müllerstraße 142
Germania-Säle, Chausseestraße 110,

für die links der Spree wohnenden Versicherten:

E. Augustin, Dranienstraße 103
S. Wendt, Jossener Straße 1
Gewerkschaftshaus, Engelufer 15
Etablissement Südost, Waldemarstraße 75
Restaurant Eberlein, Brieger Straße 22
Allgemeine Ortskrankenkasse, Köpenicker Straße 80—82
Victoria-Brauerei, Lützowstraße 111—112.

Wahlberechtigt sind neben den Neuversicherungspflichtigen die Mitglieder nachstehender Krankenkassen:

der Goldschmiede, Kupferschmiede, Gelbgießer, Messerschmiede, Schmiede, Nadler, Maschinenbauer, Stellmacher, Uhrmacher, Musikinstrumentenverfertiger, Weber, Posamentierer, Tapezierer, Sattler, Korbmacher, Drechsler, Bergolder, Lackierer, Möbelpolierer, Bäcker, Schlächter, Bierbrauer, Tabakfabrikarbeiter, Zigarrenarbeiter, Schneider, Kürschner, Handschuhmacher, Schuhmacher, Barbier, Rückenmacher, Zimmerer, Maler, Dachdecker, Brunnenbauer, Löpfer, Photographen, Graveure, Bildhauer, Gastwirte, Kausleute und Bureauangestellten.

Theater.

Donnerstag, 25. Sept. 1913.
Anfang 7 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Die Meisterfänger von Nürnberg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Schauspielhaus. Schwanenmehl.
Deutsches. Der lebende Leinwand.
Reinhold. Peer Gynt.
Ritua Zahnmann. Galavorstellung.
Ritua Busch. Galavorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Mit dem Imperator nach New York.
Deutsches Künstlertheater. Wilhelm Tell.
Kammerspiele. Französische Komödien.
Das Paar nach der Mode.
Theater des Westens. Gräfin Fifi.
Neues Opernhaus (Kroll). Der Herrgottschinder von Himmelsbaum.
Kleines. In Ewigkeit Amen. Paul und Paula. Der Barbier von Verrier.
Berliner. Filmzauber.
Königgrätzer Straße. Das vierte Gebot.
Montis Operetten. Der lachende Ehemann.
Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf.
Deutsches Opernhaus. Lobelans.
Schiller O. Corano von Bergerac.
Schiller Charlottenburg. Die Stützen der Gesellschaft.
Thalia. Puppen.
Theater am Kollendorferplatz. Die Kino-Königin.
Metropol. Die Reise um die Erde in 40 Tagen.
Kosmos. Der Affentenor oder Caruso auf Teilung.
Trionon. Der abgerissene Glockenzug.
Sternfeld. Was sagen Sie zu Leibsch?
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Reichshallen. Im Ehekäfig.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Reichshallen. Die Schiffbrüchigen.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Reichshallen. Die Kino-Königin!
Anfang 8 1/2 Uhr.
Reichshallen. Der lachende Ehemann.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Deutsches Schauspielhaus
Abends 8 Uhr: Sieben tolle Tage.
Deutsches Künstlertheater Sozietät
Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.
Donnerstag 7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell.
Freitag: Der Überpel.
Lessing-Theater.
Peer Gynt.
Von Ibsen. Musik von Grieg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Freitag:
Professor Bernhardt.
Vorverkauf an der Theaterkasse von 10-2 Uhr, bei Herrn. Lieb, Leipzigstraße, Alexanderplatz, Frankfurter Allee, und im Annalidenbunt.
Neu! Neu! AQUARIUM
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Militär-Konzert.
Eintrittspreise:
Zoo: 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.
Aquar.: 1 M. v. d. Straße, 0,50 v. Zoo.
Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.
Neu! Neu! AQUARIUM
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.
Gr. Ausstattung m. Gel. u. Tanz in 19 Bild. m. vollständ. freier Benutzung des Jules Verne'schen Romane von **Julius Freund.**
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gef. v. Dir. Richard Schultz.
Karl Bachmann. Joseph Giampietro. Guido Thielseher. Alfred Schmasow. Leopold Wolf. Ludwig Wolf. Helene Ballot. Ida Russka. J. de Lande.
Von 9-11 Uhr:
Metropol-Bar
Rendezvous der vornehmen Lebewelt.
2 Kapellen.

Freie Volksbühne
Zu dem Konzert in der Hochschule für Musik
am Sonntag, den 29. September, **Schubert-Abend** (Anfang 8 Uhr) sind Einlaßkarten a 60 Pf. (inkl. Programm) nur in folgenden Zahlstellen zu haben:
Norden: 1. Boyer, Veteranenstr. 11.
Südost: 11. Horsch, Engelauer 15.
Osten: 13. Dunst, Cudiner Str. 15.
Süden: 20. G. Schulz, Admiralstr. 40a.
Nordwest: 28. Göbel, Putzstr. 10.
Charlottenburg: 33. Schmidt, Wilmersdorfer Str. 130
Zentrum: 63. Hahn, Alexander-Platz.
Neukölln: 64. Konrad, Hermannstr. 50.
Die Zahlstelle 24, früher Charitéstraße, befindet sich jetzt bei F. Freitag, Restaurant, Luisenstr. 26.
Thalia-Theater:
Ibsen: Die Wildente.
Schillertheater-Charlottenburg:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Herrfeld-Theater: Neues Volkstheater:
Familie Sellenke. Mudder Mews.
245/9 Die Geschäftsstelle: G. Winkler.

Zirkus Busch.
Heute Donnerstag, den 25. Sept. (Mit Rücksicht auf den Umfang der Pantomime u. des großen außerordentlich vielseit. Vorprogramms muß die Vorstellung schon um 7 1/2 Uhr beginnen.)
Aus unseren Kolonien.
Orig.-Pantomime d. Zirkus Busch. Besonders hervorzuheben:
Unter Afrikas Sonne. — Im Aufstand. — Der Fluchübergang. — Nach d. Japansreich.
Vorher das gr. Gala-Programm: **R. Weisses Wunderbüren** (Briant, Mensch oder Puppe? Kapt. Wall, Alligatore etc. etc.)
Deutschlands Stolz! Sportplatz, Neukölln, Pflügerstraße
Bis heute Tage: Großer weltberühmter **Zirkus Blumenfeld.**
Premiere:
Sonnabend, 27. Sept., ab. 8 1/2 Uhr.
Der Jubiläum-Spielplan enthält in jeder Vorstellung 29 der besten Attraktionen und die Managen-Wasserstücke in 2 Bildern:
— **Zirkus im Wasser.** —
Diese Wasserstücke sind ein Wunder der Technik mit glänzend. Aufmachung, blend. Lichteffekten, herrl. Szenarien. Mitwirkend des gesamt. Ballett-Forst als Wasserfänger.
Konkurrenzlos.
Preise: Gallerie 50 Pf., II. Platz 1,00 M., I. Platz 1,50 M., Sperrpl. 2,00 M.,loge 2,50 M.
Vorverkauf zu ermäßigten Preisen im Sparengeschäft Kauf, Heemannplatz-Orde Kaiser-Friedrich-Straße.

Zirkus Alb. Schumann
Heute Donnerstag, d. 25. Sept. Anf. 7 1/2, Ende 11 Uhr
10 Bengalische 10
Königstiger
vorgef. von Herrn Sawade.
Die boxenden Katzen
Die boxenden Hunde
Jimmy u. Fritz
die ersten Kollisch laufenden Affen.
Der Sprung einer Katze von der Zirkuskuppel
vorgeführt von Miss Octavia und weitere 16 Attraktionen.
Folies Caprice.
Ritter Baldrian
Das Adoptivkind
Die Mißgeburt
Anfang 8 1/4 Uhr
Admiralspalast
Einziges Eispalast mit prunkvollen Eisballen.
Flirt in St. Moritz.
Tango auf dem Eis — Charlotte.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.
Wein- u. Bier-Abteilung.
Beginn d. Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Auch während der Vorstellung kann gespeist werden.
Berliner Prater-Theater
7-9 Kastanienallee 7-9.
Donnerstag, den 25. September:
Gastspiel des Voigt-Theaters.
Der Mann im Monde.
Voffe mit Gesang in 5 Bildern von Jacobson.
Sesseleröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/4 Uhr.

Trianon-Theater.
Täglich **Untreu.**
abends 8 Uhr.
Vorher: Der abgerissene Glockenzug.
Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
8 1/2 Uhr: 'Web' dem, der läßt!
Mehrspr. in 5 Akten von Grillparzer.
Freitag: **Die Intrigantin.**

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Neu! „Alarm!“
Anfang 8 1/2 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr zu er. mächtig. Freier: „Sanatorium Sonnenlicht“.
(Logen 1 M., Balkon 75 Pf., Entree 30 Pf.)
Concordia - Festsäle
Inh.: M. Wendt u. A. Schütze
64 Andreas-Straße 64.
Jeden Donnerstag und Sonntag:
Soiree
der allgemein beliebten u. bekannten **Hoffmanns Sänger**
mit vollständig neuem Programm.
Anf. 8 Uhr. Nach der Soiree: **Frei-Tanz.**
Vorzugskarten haben Gültigkeit.
Außerdem Sonntag: **Gr. Militär-Streichkonz.**
der Kapelle d. Garde-Pioniere unter Leitung des Kgl. Obermusikm. Herrn R. Kühle.

„Clou“ :: Berliner :: Konzerthaus
Mauerstraße 32. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musikkorps Kaiser-Alexander-Garde-Regts. Dirig. Musikdr. Braso.
Berliner Konzerthaus-Orchester mit seinem Vokalquartett.
Leitung: Komponist Frz. v. Blen und als Gastdirigent: Hofkapellmeister Prof. Traugott Ochs.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritte.
Brauerei Friedrichshain
Im Königstor. Cel.: Ernst Liebing.
Dienstag, den 30. September, abends 8 1/2 Uhr:
Populäres Konzert des Blüthner-Orchester (60 Künstler) und des Männerchors (Mitglied des D. V. S. S.)
Dirigent für Chor und Orchester **Th. Gervais.**
Abendkasse 75 Pf., Billets im Vorverkauf a 30 Pf. sind bei den „Bismarck“-Spezialitäten Zucht, Immanuelstraße 12 und Hanssch, Adrestr. 174, bei den Vereinsmitgliedern und in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.
Niße's Festsäle
Dennewitzstraße 13. Fernsprecher: Kurfürst 2904.
Jeden Donnerstag und Sonntag: **Großer Ball.**
Die Säle sind noch für Ruhig, Latensformtag, 1. Weihnachtstagsfeier und Sonnabend, 29. November, 6. und 13. Dezember frei! 22915

Passage-Panoptikum
Der Mann mit der eisernen Faust
d. größt. Kraftphän. aller Zeiten lebend zu sehen!
AGA
die schwebende Jungfrau.
Buddha
die geheimnisvolle Tafel.
Alles ohne Extra-Entree!
Casino-Theater
Rochinger Str. 97. Täglich 8 Uhr.
Einsig. Varietetheat. I. Ranges.
Neu! der phänomenale Jules Chery.
Magcagno Truppe. Der rote Domino.
Der Aktien-Tenor
oder Caruso auf Teilung.
Sonntag, nachm. 4 Uhr:
Am grünen Strand der Syree.

Arbeiter-Bildungsschule.
Sonntag, den 28. September 1913, abends 7 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 57/58:
Vortrag des Genossen M. H. Baeye über: „Unsere Kenntnis des prähistorischen Menschen“ (mit Lichtbildern).
Eintritt 30 Pf., Garderobe frei. — Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein und Tanz. 6/10

Möbel-Cohn
1. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 58
2. Geschäft: Grüner Weg 109
Bitte genau auf Hausnummern zu achten.
Möbel auf Kredit
Riesen-Auswahl
Anzahlungen auf Stube und Küche:
Mark 15 30 50 75
bis 25 bis 45 bis 70 bis 100
Moderne
Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer
Jeder gewünschten Art von 10 M. Anzahlung an.
Einzelne Möbelstücke Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.
Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Uebereinkunft.
Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.
Sonntags 8-10 geöffnet.

Wer ein **Zigarrengeschäft** neu einrichtet, wende sich vertrauensvoll an die bekannte Firma **Carl Röder, Berlin, Grüner Weg 119.** (Königsplatz 3861.)
Alle bekannten Tabake (Kapitan, Gancwader, Grimm u. Triepel, Kopenhagener Santabal usw., Kapitan-Kauchtobate v. Eiden, Hamburg, Oldentott, Goldfarb Schnupftobak und andere; stets frisch.
Zigaretten, denkbar größte Auswahl zu billigen Fabrikpreisen: Jofess, Garbath, Saf. Meitum, Manoli, Problem, Cesfer, Regie, Staffische und viele andere Sorten.
Zigarren, nur Ia Qualitäten, welche seit Jahren in vielen hundertten Geschäften bestens eingeführt sind, in jeder Preislage.

Genauere Augengläser
Lieférant für alle Krankenkassen.
Optiker Stendel, Inh. Emil Klein,
Berlin C, Roßstraße 32.
10 Minuten vom Gewerkschaftshaus.

Spezialarzt
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Meth. Blutuntersuchung. Schnelle, sich. Heilung. Mäßige Preise.
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
Sprechst. 8-9, Sonntags 8-9.
Potsdamer Str. 4 (Potsdamer Platz)
Sprechst. 11-1, 5-8, Sonnt. 9-10
Ulster-
stoffe, Anzugstoffe, Paletotstoffe, Reste Meter 5, 6, 7, 8 M.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen **SINGER** Nähmaschinen verkauft werden.
Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Möbel-Kredithaus Frankfurter Tor
vormals J. Ostrowski
No. 1 Gr. Frankfurter Str. No. 1
(bitte auf meine Hausnummer zu achten)
Liefert bei kleinsten An- und Abzahlungen
Möbel auf Kredit
Riesen-Auswahl
Anzahlungen auf Stube und Küche
von 15 Mark an.
Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an.
Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.
Inserat ausschneiden! Mitbringen! Wert 5 Mark.
Sonntags geöffnet

Gewerkschaftliches. Unternehmer über die Gelben.

Das Verbandsorgan des Arbeitgeberverbandes im Malergewerbe für Ost- und Mitteldeutschland lehnt die von dem Syndikus Dr. Cölsch...

„Gelbe“ Gehilfenvereine sollen jetzt die Malermeister gründen. So predigt es ihnen von Woche zu Woche der Syndikus des Gewerkschafts...

Das heißt, die Malermeister möchten schon gelbe Vereine gründen, aber es fehlt ihnen das nötige Kleingeld. Gehilfen, die für diese Organisationen reif sind...

Berlin und Umgegend.

Zustände bei der Weltfirma Auer u. Co.

Im Gegensatz zur Abteilung B der Auer-Gesellschaft, wo nach hartem Kampf in bezug auf Garderobe, Kantine usw. annehmbare Zustände geschaffen wurden...

Dadurch, daß die Beschäftigten während der Bausen sich außerhalb des Betriebes nichts verschaffen können, sind sie gezwungen, zumal Wärme- und Kochgelegenheit nicht vorhanden ist...

Kleines feuilleton.

Der verkorene und wiedergefundene Jola. Eine Groteske, die von Courteline erdacht sein könnte, wenn sie nicht noch einen fatalen politischen Beigeschmack hätte...

In Paris stolpert man wohl an allen Ecken und Enden über gute und mehr noch schlechte Denkmäler berühmter und unberühmter Männer, aber für Jola hat sich kein Platz gefunden...

Dortzu begab sich denn auch die Delegation des Kongresses mit ihrem Kronen. Aber der Konfessorator des Ausstellungsgeländes erklärte, die Statue nie gesehen zu haben...

Reinlichkeit bei der Zubereitung der Getränke sowohl als auch bei der Instandhaltung der Kantine selbst ein unbekanntes Etwas ist. Es wimmelt von Ungeziefer...

Die Garderoben befinden sich in Kellerräumen und entsprechen die Schränke wohl den Anforderungen. Aber was nützt das alles; denn über den Schränken befindet sich das Kellereisenfenster...

Alle dies wurde in einer gutbesuchten Betriebsversammlung unter die kritische Lupe genommen und von den verschiedensten Disziplinardiensten sogar noch ergänzt...

Der Streit bei der Firma Berliner Gussstahlfabrik und Eisengießerei

Hugo Hartung, A.-G. in Lichtenberg, dauert nunmehr elf Wochen. Die Firma wollte damals bedeutende Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einführen...

Die Firma ist Mitglied des Verbandes Berliner Metallindustrieller. Zwischen dieser Organisation und dem Deutschen Metallarbeiterverband wurde im Jahre 1911 eine Vereinbarung getroffen...

Seit Wochen ist die Firma in ganz Deutschland emsig bemüht, durch Annoncen in bürgerlichen Blättern Arbeitswillige, besonders Formner, zu finden...

Die Arbeiter haben in einer am Dienstagabend stattgefundenen Versammlung beschlossen, ihren Beschluß vom Sonntag aufrecht zu erhalten, d. h. sie sind nicht geneigt, sich der polizeilichen Kontrolle zu unterwerfen...

Die im Betrieb vorhandenen Arbeitswilligen werden auch schon auffällig, weil die ihnen gemachten Versprechungen nicht erfüllt werden. Ein Arbeiter nahm eine Schippe und drohte dem Meister...

Die Streikenden stehen fest zusammen und denken nicht daran, den Streit zu beenden. Was die Firma den Arbeitern an Verschlechterungen bot, war: Verlängerung der Arbeitszeit von 8 1/2 auf 9 Stunden...

Die arbeitslosen Formner und Sicheriarbeiter allerorts werden davon gewarnt, auf die Annoncen der Firma hereinzufallen. Die Firma muß einsehen lernen, daß die arbeitslosen Formner in der Provinz nicht zum Verräter an ihren streikenden Kollegen werden...

Deutsches Reich.

Zum Streit im Stettiner Hafen.

Die bürgerliche Blätter berichten, sind in der Nacht zum Mittwoch 600 Arbeitswillige angekommen. Diese Zahl ist etwas sehr niedrig angenommen, tatsächlich sind 340 Arbeitswillige angekommen...

Die städtische Hafenerwaltung trifft strenge Absperrungsmaßnahmen für den Hafenbetrieb. Sie hat folgende Bekanntmachung erlassen:

Der Freiheits- und der Duzigal werden während der Dauer des Hafenarbeiterstreiks nach Möglichkeit geschlossen gehalten und dürfen, abgesehen von Reichs- und Staatsbeamten in Uniform, nur von Personen betreten werden...

Die Schiffsarbeiter haben in einer am Dienstagabend stattgefundenen Versammlung beschlossen, ihren Beschluß vom Sonntag aufrecht zu erhalten, d. h. sie sind nicht geneigt, sich der polizeilichen Kontrolle zu unterwerfen...

Die Elektromonteur- und Heiser von Straßburg i. Elz. beschlossen am Montagabend die Arbeitsniederlegung bei sämtlichen Elektrizitätsfirmen, um durch einen Tarifvertrag geordnete Arbeits- und Lohnverhältnisse zu erreichen...

Erfolgreicher Streit in der Nürnberger Pinselindustrie.

Am Dienstag ist in Nürnberg der Streit der Pinselmacher und Pinselmacherinnen beendet worden. Zwanzig Wochen lang mühten die Arbeiter und Arbeiterinnen mit einem äußerst hartnäckigen Unternehmertum...

Dedung! Herbstsonne. Rot glühen die Eichen, rot die Buchen, rot der Wein. Klein ist die Luft, klar und kühl. Seit dehnt sich die Lichtung aus...

Noch immer blüht Napoleon auf den Kriegsschauplatz hernieder. Mit wildem Gefährt räumen die kurzhofigen Krieger über die Heide. Staubwolken ballen sich hinter ihnen zusammen...

Noch lange sehe ich dem seltsamen Gebaren zu. Immer wieder rennen die Jungen mit launischem Geheul über die Ebene, immer wieder redt Napoleon den Arm in die Luft...

Die Kinder sind längst nach Hause getrippelt. Im Westen versinkt die Sonne. Die Stämme der Kiefern leuchten wie Bronze, in den Wipfeln lobert ein Feuerbrand...

Dedung! höre ich. Das andere vertreibt der Abendwind. Dedung, immer wieder Dedung. Ich alle starrartig davon. Stumpfsinn stekt an. Da ist es gut, wenn man rechtzeitig retiniert und — Dedung sucht.

Humor und Satire.

Er lernt es nicht.

Treptow hastest du verboten, Kergern wolltest du die Notizen; Doch wir blieben nicht zu Haus, Schwärmen flugs nach Westen aus...

Ist dir immer noch nicht klar, Daß dein Weg ein — Zergang war?! Wir verachten solche Schliche! Gegen deine Radelstiche! Braucht man keinen Jagowator! Du bleibst unser Agitator!

Notizen.

Theaterchronik. In den Kammerspielen des Deutschen Theaters gelang als nächste Premiere am kommenden Dienstag die neue Komödie von Ibsen und Caillabet „Die goldenen Palmen“ zur Aufführung...

Musikchronik. Die 25 Sinfoniekonzerte der Neuen Freien Volksbühne nehmen diesen Sonntag, den 28. September, im Bläserkapell ihren Anfang...

Erich Schmidts Nachfolger. In der zwölften Stunde, als schon an einer Befragung des Lehrstuhls für deutsche Literatur an der Berliner Universität für das andröhende Winterhalbjahr ernstlich gezwweifelt wurde...

Kunstchronik. Die Große Jurbfreie Kunstschau im Gebäude der Sezeffion wird am 30. September geschlossen.

Untergang einer russischen Spitzbergenexpedition? Aus Archangelsk wird telegraphisch gemeldet, daß ein dieser Tage an Gulljawschja Kosakoff gemorsenes Verdeck eines zertrümmerten Schiffes von den Wellen wieder ins Meer fortgetragen worden sei...

Der Fadelreiter. Peter Wehren hat das Plakat der im nächsten Jahre in Köln stattfindenden W er l b u n d - Ausstellung entworfen. Er symbolisiert die Kraft des Werkbund-Kadens durch einen Fadelreiter, der ein sich bänmendes Roß jügel.

keiten über Schwierigkeiten in den langwierigen, oft unterbrochenen und immer wieder ausgenommenen Verhandlungen. Hinter den Unternehmern standen die Herren Dr. Rippel, der Vorstand des Verbandes bayerischer Industrieller, und Dr. Zahnbrecher, der Sekretär dieses Verbandes, als die Echarfmacher, die alles aufzuhalten, um die Unternehmer an ihrer Meinung nach zu weitgehenden Zugeständnissen zu hindern. Mit bewundernswerter Geduld hielten die etwa 1850 Streikenden — darunter 1100 Arbeiterinnen — im Kampfe aus. Mit etwa 150 bis 160 Streikbrechern, die nicht aus den Kreisen der streikenden Arbeiter stammten, suchten die Unternehmer ihre Betriebe aufrechtzuerhalten und die Streikenden müde zu machen. Die Situation gestaltete sich für die Unternehmer von Woche zu Woche ungünstiger, bis sie schließlich in der 19. Woche mit größerem Ernst als bis dahin sich an den wiederholten Verhandlungen beteiligten.

Die wichtigste Bestimmung im Tarif, daß die Affordlöne in allen Nürnberger Pinselfabriken in Zukunft einheitlich festgesetzt werden müssen nach den durchschnittlichen Affordlönen der größten Nürnberger Pinselfabrik, ist erst in letzter Zeit auf das Verdrängen der großen Unternehmer in den Vertrag aufgenommen worden, an Stelle der geforderten Mindestlöhne, die besonders die kleinen Unternehmer bekämpften. Der Tarifvertrag bringt in der Pinselfabrik in Nürnberg vollständig neue Lohnverhältnisse, die mit manchen alten rückständigen Zuständen aufträmen werden. Der Tarifvertrag sieht u. a. vor: die 52stündige wöchentliche Arbeitszeit. Ueberstunden dürfen nur angefordert werden nach Verständigung mit einer von der Arbeiterschaft des Betriebes gewählten dreigliedrigen Kommission. Als Ueberstunden gelten die ersten zwei Stunden nach der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit; weitere Ueberarbeit gilt als Nacharbeit. Für Ueberstunden ist ein Aufschlag von 25 Proz. für Nacharbeit und Sonn- und Feiertagsarbeit ein Aufschlag von 50 Proz. zu bezahlen, bei Afford- wie bei Nacharbeit. Werden Arbeiter oder Arbeiterinnen von ihrer Affordarbeit fort zur Tagelohnarbeit verwendet, so ist ihnen ihr Durchschnitts-Affordlohn als Lohn anzurechnen.

Der bisherige Lohnzuschlag von 16 1/2 Proz. wird auf 20 Proz.

erhöht, vom 1. Januar 1915 ab auf 22 Proz., vom 1. Juli 1916 ab auf 24 Proz. Für alle Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen ist, sofern diese eine Arbeit verrichten, die mit der direkten Fabrikation von Bürsten und Pinseln zusammenhängt, nach achtwöchiger Tätigkeit möglichst Affordarbeit einzuführen. Wichtig ist die Bestimmung, daß zur Herbeiführung einheitlicher Lohnverhältnisse durch eine paritätische Kommission Einheits-Affordtarife aufgestellt werden. Als Einheits-Affordtarife gelten die Tarife, die die vereinigten Pinselfabriken — das ist die größte Fabrik der Branche mit den besten Durchschnittslöhnen — ausarbeiten. Diese Tarife gelten für alle anderen Betriebe. Auf diese Affordlöne kommen noch die oben mitgeteilten Zuschläge. Auch sonst hat die paritätische Kommission in der Festsetzung der Arbeitsmethoden usw. erheblichen Einfluß erhalten. Eine Verkürzung der Arbeitszeit bei nicht genügender Beschäftigung ist im Einverständnis mit den beteiligten Arbeitern des betreffenden Betriebes festzusetzen. Ferner wird für Streitfälle eine paritätische Kommission aus 6 Mitgliedern eingesetzt.

Der Tarifvertrag ist gültig bis zum 15. Februar 1917. Ob vom Jahre 1915 ab der Vertrag bis 1919 verlängert wird, entscheiden die beiden Zentralvorstände der Arbeiter und der Unternehmer. Auf die Feinarbeiten treffen alle einschlägigen Bestimmungen des Tarifs zu.

Eine Versammlung der Streikenden am Dienstagabend nahm den Tarifvertrag an.

Ausland.

Abermals Militäraufgebot gegen streikende Arbeiter in der Schweiz.

Die Regierung des Kantons Solothurn hat nun eine Kompagnie Infanterie aufgebieten gegen die seit etwa vier Wochen streikenden Tunnelarbeiter in Grenchen wegen der angeblich durch „ein Streikereignis gefährdeten öffentlichen Ordnung“. Dieses Streikereignis besteht in der Demonstration der Streikenden gegen einen Trupp Streikbrecher, die am Freitag unter dem Schutze der Polizei hin-

gebracht worden waren. Das Vorgehen war eine planmäßige Provokation der Streikenden durch die französischen Kapitalisten, die den Bau des Tunnelns übernommen haben, ferner ihres leitenden Oberingenieurs, des schweizerischen Oberst Rothpletz sowie der Polizei und der Regierung des Kantons Solothurn, die einen Vorwand für ein Militäraufgebot brauchten, um so den Streit gewaltsam zu beenden, da die Unternehmer nicht die mindeste Konzession an die Streikenden machen, die Beendigung des Streiks drängt aber, weil, wie das freikünigige „Berne Intelligenzblatt“ berrät, „der Zustand unhaltbar ist, indem bei dem starken Wasserandrang im Tunnel beträchtlicher Schaden droht und auch die Maschinen aller Art nicht ohne Besorgung bleiben können.“

So wird schweizerisches Militär zu Handlangerdiensten für die Geldinteressen französischer Kapitalisten und zu Geneserdiensten gegen Arbeiter, die um ihr Recht kämpfen, schändlich mißbraucht.

Und für dieses nur zur Unterdrückung der Arbeiterschaft bestimmte Militär muß das Schweizer Volk jährlich 50 Millionen Franken aufbringen!

Der Kanton Solothurn ist ein Colorado der Kapitalisten mit Waffenzucht von Gelben, an der sich alle Behörden und die ganze bürgerliche Gesellschaft beteiligen.

Marktpreise von Berlin am 23. September 1913. nach Ermittlungen des Igl. Viehbräuhaus. Weiz (mispel), gute Sorte 17,00—17,20, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00. Weiz (runder), gute Sorte 14,90—15,30, Nichtstroh 4,80—5,00, Heu 6,00—7,30.

Marktpreise von Berlin am 23. September 1913. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speisebohnen, weiße 35,00—60,00. Linsen 30,00—40,00. Kartoffeln (Kleinbbl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,50—2,10. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,80—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,50—5,50. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40. Kote 1,40—2,80. Fäuder 1,30—3,30. Schote 1,20—2,80. Bohnen 0,80—2,40. Schale 1,40—3,20. Weiz 0,80—1,80. 60 Stück Weiz 1,50—40,00.

Dem Raucher
Karl Dienert nobel Frau
zur Silbernen Hochzeit am
25. September die herzlichsten
Glückwünsche!
Mehrere Freunde.

Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. B. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**
Am 23. d. M. verstarb unser
Genosse, der Schlosser
Wilhelm Krüger
(Hochstr. 32, Bez. 807a.)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, nachmittags 4 1/2 Uhr,
von der Halle des neuen Pauls-
Kirchhofes in Pödensee, See-
straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Schlosser
Wilhelm Krüger
(Hochstr. 32)
am 23. September an Herzschlag
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 26. September, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Pauls-Kirchhofes
in Pödensee aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
126/13 Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Maschinisten
u. Heizer sowie Berufsg. Deutschl.**
Geschäftsstelle Groß-Berlin.
Bezirk Pankow.
Am Dienstag, den 23. September,
verstarb unser Mitglied, Kollege
Karl Röstel.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 26. September, nach-
mittags 8 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofes III in Schön-
holz aus statt.
122/41
Die Geschäftsstellenverwaltung.

**Verband der Maler, Lackierer,
Anstreicher usw.**
Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Kollege
Julius Brotzki
am 28. September verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag,
den 21. September, nachmittags
5 Uhr, von der Halle des Fried-
hofes III in Schönholz, am
Kempelhofstr. Straß., aus statt.
135/12 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Arbeiter
Franz Marggraff
am 15. d. Mts. im Alter von
27 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
68/5 Die Bezirksverwaltung.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.**
V. a. G. Berlin 10.
Am 22. September starb nach
langen Leiden unser Mitglied
Bruno Hergesell.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 25. September,
nachmittags 5 Uhr, von der
Leichenhalle des neuen Pöden-
see-Kirchhofes, Nordend, aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
250/18 Die Ortsverwaltung.

**Allgemeine Kranken- u. Sterbe-
kasse der deutschen Drechsler
und deren Berufsgenossen**
(V. a. G. Hamburg.)
Verwaltungsstelle Berlin O.
Am 22. d. M. verstarb unser
Mitglied
Karl Montag.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 25. September,
nachm. 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentralfriedhofes in
Pödensee aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Montag, den 22. d. M., nach-
mittags 4 1/2 Uhr, entfiel sanft
nach langem, schwerem Leiden
meine innig geliebte Frau, Mutter,
Tochter, Schwester und Schwägerin
Anna Schoenau
geb. Neumann
im 34. Lebensjahre.
Dies gelte als Bestätigung an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Paul Schoenau
nebst Kindern,
Berlin, Cotheniusstraße 17.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 26. d. M., nach-
mittags 2 Uhr, von der Halle
des Leichenhauses III in Schön-
holz aus statt.
24115

Für die herzliche Teilnahme bei der
Einsparung meiner guten Frau,
unserer lieben Tochter, Schwieger-
tochter, Schwester und Schwägerin
Marie Hanf
geb. Einspänner
lage ich allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, den Kolleginnen und
Kollegen der Firma E. Jacob, dem
Männerviertel „Georg Berg“ sowie
dem Herrn Arthur Bielow meinen herz-
lichen Dank.
Im Namen
der trauernden Hinterbliebenen
Paul Hanf.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die herrlichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben untergehlichen Mannes, des
Montags 674

sage ich allen Beteiligten, insbesondere
der Vertretung der Schulthei-
senschaft, Abteilung I, meinen herz-
lichsten Dank.
Frau Witwe **Ida Mieth.**

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben untergehlichen Mannes, des
Montags 674

Oswald Weiß
lage ich allen Freunden und Be-
kannnten, insbesondere der Firma und
seinen Kollegen der Hg. Clehr-Ge-
s., Abt. Z, sowie den Sängern und dem
Redner für seine trefflichen Worte
am Sarge meines herzlichsten Dank.
Witwe **Auguste Weiß.**

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

**Orts-Krankenkasse
des
Korbmachergewerbes
zu Berlin.**
Bekanntmachung.
Durch Beschluß des Königl. Ober-
versicherungsamts Groß-Berlin vom
30. August 1913 wird die Kasse am
31. Dezember 1913 geschlossen und
gehören die Betriebe sowie die Ver-
sicherten vom 1. Januar 1914 der
Allgemeinen Orts-Krankenkasse der
Stadt Berlin an.
Wir bringen dies gemäß § 301 der
R.-V.-D. zur öffentlichen Kenntnis und
fordern alle Mitglieder auf,
binnen drei Monaten nach der Be-
kannmachung ihre Forderungen an-
zumelden. Die Befriedigung später
einkaufender Forderungen kann ver-
weigert werden.
Die Wahlen zum Ausschuss finden
am 28. September d. J. statt und
verweisen wir auf die Bekanntmachung
der Allgemeinen Orts-Krankenkasse
vom 23. August 1913. 276/30
Der Vorstand.
Karl Schwedler, Vorsitzender.

**Orts-Krankenkasse
des
Gelb- u. Zinngießer
zu Berlin.**
Bekanntmachung.
Laut Beschluß des Königl. Ober-
versicherungsamts Groß-Berlin vom
30. August 1913 wird unsere
Kasse mit Ablauf des 31. Dezember
1913 geschlossen. Die beteiligten Ar-
beitgeber und Mitglieder geben mit
dem 1. Januar 1914 zur Allgemeinen
Orts-Krankenkasse der Stadt Berlin
über. 24105
Wir bringen dies hiermit gemäß
§ 301 der R.-V.-D. zur öffentlichen
Kenntnis und eruchen die Mitglie-
der, ihre Ansprüche innerhalb drei
Monaten im Kassenlokal anzumelden,
da die Befriedigung später ein-
laufender Forderungen verweigert
werden kann.
Berlin, den 21. September 1913.
Der Vorstand.
Wilhelm Schütt, Julius Schultheiß,
1. Vorsitzender. 1. Schriftführer.

Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umg.

E. G. m. b. H. Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 16/26.

Heute Seefische!
Schellfisch per Pfd. 26 Pf. | **Schollen per Pfd. 24 Pf.**
Kabliau ohne Kopf per Pfd. 24 „ | **Seelachs „ 18 „**

Ferner empfehlen wir:
Prima Aepfel 2 Pfd. 25 Pf.
Koch- und Ebbirnen * Weintrauben
Tomaten * Blumenkohl
Freitag und Sonnabend: Pflaumenkuchen.
Der Vorstand.

Ohne jede Anzahlung
Pianos
Flügel und Harmoniums
sowie
Conrad Krause Nehfg., Berlin, Ansbacher Str. 1,
Ecke Kurfürstenstraße. Tel. Steinplatz 10410.
Eigenes Geschäftshaus.

Stammhaus gegr. 1830. X erstklassiges Fabrikat X
vielfach prämiert, u. a.:
Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896
Berliner Musik-Fachausstellung 1909

gegen kleine monatl. Teilzahlung. Für jedes Instrument gewähre ich langjährige Garantie.

**Orts-Krankenkasse
Reinickendorf.**
Berlin-Reinickendorf-Ort,
Deutsche Straße 1.
Nachdem das Königl. Ober-
versicherungsamt Groß-Berlin die
Zulassung der Kasse nach der Reichs-
versicherungsordnung abgelehnt hat,
wird dieselbe am 31. Dezember 1913
geschlossen.
Wir bringen dies hiermit nach § 301
der Reichsversicherungsordnung mit
dem ausdrücklichen Hinweis zur
öffentlichen Kenntnis, daß etwaige
Mitglieder ihre Ansprüche innerhalb
dreier Monate im Kassenlokal anzu-
melden. Die Befriedigung später
einkaufender Forderungen kann ver-
weigert werden.
Berlin-Reinickendorf,
den 25. September 1913.
Der Vorstand. 276/19
der Ortskrankenkasse Reinickendorf.
Neubecker, Liebranz.

Hautleiden
Nechten u. Ausschläge, trockene
und nässende, Schuppenflechte,
Kopf- u. Bartflechte, qualvolles
Hautjucken etc. beseitigt man durch
Reichels Nechten-Spezial-
mittel m. Seite 225 R. Glanzend
bewährt u. garantiert unschädlich.
Otto Reichel, Berlin 43 Eisenbahnstr. 4

**Radfahrrarten
Wanderkarten**
hält stets vorräthig
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden)

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
10-2. 5-7. Sonntags 10-12.

**Ortskrankenkasse
des Gewerbes der Ladierer
zu Berlin.**
Bekanntmachung.
Laut Beschluß des Königl. Ober-
versicherungsamts Groß-Berlin vom
30. August 1913 wird unsere Kasse
mit Ablauf des 31. Dezember
1913 geschlossen. Die beteiligten
Arbeitgeber und Mitglieder geben
mit dem 1. Januar 1914 zur Allge-
meinen Orts-Krankenkasse der Stadt
Berlin über. 24056
Wir bringen dies hiermit gemäß
§ 301 der Reichsversicherungsordnung
zur öffentlichen Kenntnis und er-
suchen die Mitglieder, ihre Ansprüche
innerhalb drei Monaten im Kassen-
lokal anzumelden, da die Befriedi-
gung später einkaufender Forderungen
verweigert werden kann.
Berlin, den 24. September 1913.
Der Vorstand.
Robert Zindler, Vorsitzender.

**Spezialarzt
i. Haut-, Gyn., Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Weintraube jeder
Art, Ehrlich-Dana-Kuren in
u. Co. Konz.
Laborat. |
Blut-
untersuchung, Fäden i. Harnstoff,
Friedrichstr. 81, gegenüber
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.**

**Vorjährlige feinste
Ulster-Anzüge
Winter-Paletots**
von 25 bis 75 Mark.
Billige Hosenwoche
Versandhaus „Germania“
Berlin [154/17*
Unter den Linden 21 II.

Blüthnersaal.
Sonntag, 28. Septbr., abends 7 1/2 Uhr:
Eröffnungs-Konzert
des
Blüthner-Orchesters.
Dirigent: **Br. Weyersberg.**
Sol.: **Paul Schramm** (Klav.), **Alfred
Ernst** (Horn), **Hans Winter** (Orgel).
Entree 75 Pf.

**Orts-Krankenkasse
für das
Bierbrauer-gewerbe
zu Berlin.**
Bekanntmachung.
Laut Beschluß des Königl. Ober-
versicherungsamts Groß-Berlin vom
30. August 1913 wird unsere Kasse am
31. Dezember 1913 geschlossen. Die
Mitglieder unserer Kasse geben am
1. Januar 1914 in die Versicherung
der Allgemeinen Orts-Krankenkasse
der Stadt Berlin über.
Wir bringen dies hiermit gemäß
§ 301 der R.-V.-D. zur öffent-
lichen Kenntnis mit dem Hinweis,
daß etwaige Mitglieder unserer Kasse
ihre Forderungen innerhalb drei Mo-
naten, vom Tage dieser Bekannt-
machung ab gerechnet, im Kassen-
lokal schriftlich geltend zu machen
haben. Die Befriedigung von An-
sprüchen, die ihre Ansprüche später zur
Anmeldung bringen, kann verweigert
werden.
Für Ansprüche aus der Versicherung
gilt diese Aufforderung nicht.
Die Wahl zum Ausschuss der All-
gemeinen Orts-Krankenkasse der Stadt
Berlin findet am Sonntag, den
28. September d. J. statt. Die
Herren Arbeitgeber wählen nicht, da
nur eine Liste eingereicht worden ist.
Berlin, den 25. September 1913.
Der Vorstand.
Otto Ulrich, Vorsitzender.

**Orts-Krankenkasse
der
Stadt Berlin - Schöneberg.**
Der Herr Regierungspräsident hat
durch Verfügung vom 15. September
d. J. die Wochenbeiträge der Kasse
wie folgt festgesetzt:
Lohnklasse I auf 1,17 M.
II „ 1,02 „
III „ 0,87 „
IV „ 0,72 „
V „ 0,57 „
VI „ 0,45 „
VII „ 0,30 „
Diese Sätze haben vom Montag,
den 29. September 1913 ab
Geltung.
Berlin-Schöneberg, 24. Sept. 1913.
Der Vorstand.
Krafow, Vorsitzender.

**Gelegenheitskauf! Schwere
Schlafdecken**
St. 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁰⁰, 6⁰⁰ M.
Pferdedecken!
St. 2⁵⁰, 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁵⁰ M.
Englisch schwere Reisedecken
St. 4⁷⁵, 6⁷⁵, 9⁷⁵ bis 36 M.
Versand unter Nachnahme.
Emil Lefèvre
Berlin S., Oranienstr. 158.
Spezial-Katalog
650 Abbildung, gratis u. franko.

Partei-Angelegenheiten.

Rosenthal. Am Freitag, den 20. September, 7 1/2 Uhr, für den 1. bis 5. Bezirk: Von den bekannten Stellen aus Handzetteldruckerei.

Blantenfelde, Schildow, Schönstief (Bezirk Rieder-Schönhausen). Sonntag, den 28. September, nachmittags 4 Uhr, findet in Rühlensbein am Waschhof zur Sonne, Inhaber W. Wärsch, eine öffentliche Versammlung statt. Thema: Was wollen die Sozialdemokraten? Referent: Genosse F. Klüh-Neutöln. Die Diskussion. Die Einwohnerschaft der vorgenannten Orte wird zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Berliner Nachrichten.

Herrschaftenfreiheit.

Die Unternehmer möchten am liebsten jeden Arbeiter, der die Ehre und das Vergnügen hat, in ihrem Dienste zu fröhnen, mit einem Stempel versehen, der sie ebenso kennzeichnet wie der Stempel das Kavalleriepferd. Während jenes aber den Stempel bekommt, damit es nicht gestohlen wird, soll der Arbeiter den Stempel bekommen, damit er dem Unternehmer möglichst gestohlen bleibt, wenn es diesem Herrn nicht paßt, ihn in Arbeit zu nehmen, weil er sich vielleicht einmal „unbotmäßig“ gezeigt hat.

Was mit dem aufgefärrten und Klassenbewußten Arbeiter nicht möglich ist, macht die Dienstherrschaft mit dem Gefinde ungefragt. Das Dienstmädchen ist sein Stempel, und wehe dem armen Ding, das einmal eine Dummheit begangen; sie haftet ihm sein Leben lang an. Wenn es nicht auf geschickte Weise mal ihr Dienstmädchen verliert. In unserem Hause trat eine Frida in den Dienst. Und was erlaubte sich die Gnädige? „Frida ist viel zu schade für Sie! Wir rufen Sie Ida!“ Und das dumme Mädchen hat sich das volle 2 1/2 Jahr gefallen lassen! Es wird überhaupt Mode, dem Dienstmädchen den bei der betreffenden Herrschaft üblichen Namen zu oktroyieren. Ich kenne eine ihre Dienstmädchen sonst recht gut behandelnde Familie, da heißt der Diener allemal Karl, das Mädchen Elise und die Köchin — sochte so gut, daß sie sich ihren eigenen Namen ertrögte. Die Gnädige hat ihr das trotz der guten Küche noch heute nicht verziehen. Sogar der Chauffeur, den man doch immerhin als einen modernen Arbeiter anzusehen pflegt, läßt sich den „Fritj“ aufhängen. Fehlt nur noch, daß allesamt gebuzt würden! Drei Familien kenne ich, bei denen jedes Mädchen Anna heißt, und die Mädchen lassen sich in der Tat gefallen. Das ist aber nicht verwunderlich, denn die meisten Mädchen kommen von außerhalb, aus Gegenden, wo Klassenbewußtsein noch ein unbekanntes Wort ist. Sie glauben, der Herrschaft den Gehorsam schuldig zu sein, daß sie sich in alles zu schicken haben, was man ihnen bietet. „Das Land der Denker und Dichter“ läßt sich kaum besser kennzeichnen, als durch diesen Kadavergehorsam. Aber es bleibt noch immer wahr, daß in keinem Lande die Bedienten so gut gedeihen wie in Deutschland.

Prinzengenieß.

Der deutsche Kronprinz erfand eine neue Manschettenknopfmehant, ließ sich darauf das D. R. P. geben und ging bald darauf mit seinem Jagdbuch unter die Schriftsteller. Ein zweites Buch soll in Vorbereitung sein. Der Erfinderruhm des zukünftigen deutschen Kaisers hat auch den Ehrgeiz des Prinzen Sigismund, des Sohnes des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen, geweckt. Der junge Mann, der im Nebenberuf Oberleutnant im ersten Garderegiment ist, konstruiert jetzt Flugapparate und läßt mit ihnen Probeflüge durch bekannte Verflüssler ausführen. Wenn nur nicht ein großes Stück Reklame in der Mitteilung steckt.

Nationale Jugendpflege und Schundliteratur.

Professor Dr. Karl Brunner weist in bürgerlichen Zeitungen darauf hin, daß die Schundliteratur, die eine Zeitlang durch das gegen sie gerichtete Vorgehen eingedämmt schien, sich ein neues, offenbar sehr einträgliches Gebiet gesucht hat: die Jungdeutschlandbewegung. Eine besonders aktuelle Serie betitelt sich „Hort Kraft der Pfadfinder, Schicksale und Abenteuer Jungdeutschlands im Urwald, Prärie und an fremder Küste.“ Die auf einer Jagd bei Tughaven spielenden Jungen werden ins weite Meer verschlagen. Hort Kraft wirkt eine versiegelte Flasche ins Meer, die von dem ehrlichen Fährer dem Konful Kraft in Tughaven, dem Vater des Helden, oder dem Generalfeldmarschall Freiberrn von der Goly überbracht werden soll. In diesem Stil geht es weiter über hundert blutrünstige Abenteuer bis zur Rettung. „Pfadfinder heraus!“ ruft diese widerliche Nationalreklame verlockend den bürgerlichen Musterknaben zu, und am Schluß wird noch einmal die Trommel gerührt mit der eindringlichen Mahnung, „sich dem deutschen Pfadfindertum anzuschließen.“

So mußte es kommen: Jungdeutschlandbund und Schundliteratur in enger Verbrüderung. Die für die Erziehung der Jugend verantwortlichen Eltern scheinen blind zu sein, daß sie nicht merken, wie in den Köpfen ihrer Kinder immer mehr Unheil angerichtet wird. Selbst Professor Brunner sagt: „Schlimmer als durch diese so loyal und jugendfreundlich frisierten Hefte kann die Bewegung der Pfadfinder nicht in Mißkredit gebracht werden.“

Aufklärung des Betrugsversuches gegen die Deutsche Bank.

Der Bankswindler in Frankfurt a. M., über den wir mehrfach berichtet und bei dem die Deutsche Bank um 150 000 M. geschädigt werden sollte, konnte mit Hilfe der Berliner Kriminalpolizei jetzt vollständig aufgeklärt werden. Auf dem Hebeher des Schwindlers, dem 24 Jahre alten Kaufmann Edmondo Voretti, wurden auch seine Helfershelfer festgenommen. Es sind dies seine Geliebte, die 28 Jahre alte Buchhalterin Wally Schredel und deren Freundin, eine Varietätsfängerin Sonja Vesche, genannt Marie Landau.

Die Ermittlungen der Berliner und der Frankfurter Kriminalpolizei führten zu dem Ergebnis, daß es sich um die Ausführung eines wohlüberlegten Planes handelte, an dem mehrere Personen beteiligt waren. Es wurde festgestellt, daß der ehemalige Vorsteher der Korrespondenz-Abteilung der Allgemeinen Öffentlichen Bankgesellschaft, Filiale Frankfurt a. M., Edmondo Voretti den Schwindelversuch unternommen hatte. Es gelang, den Schwindler festzunehmen. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung wurde festgestellt, daß Voretti mit einer Frauensperson in Briefwechsel verstanden hat. Die Adressatin wurde in einer gewissen Marie Landau ermittelt, die hier im Hotel Anhalter Hof logiert und ihr Gepäck am 18. September abholen und nach der Marienstrasse hatte bringen lassen.

In der Marienstrasse konnte die Polizei eine Marie Landau nicht ermitteln, sie stellte aber fest, daß im Hause Marienstrasse 9 eine Varietätsfängerin Sonja Vesche wohnte, die sich als „Künstlerin“ Marie Landau nannte. Bei ihr fand man wiederum Korrespondenzen, die den Beweis erbrachten, daß die Landau mit einer Wally Schredel aus Frankfurt a. M. in Verbindung stand. Die beiden Frauenspersonen wurden festgenommen und legten nach anfänglichem Leugnen auch bald ein umfassendes Geständnis ab. Voretti hatte sich die nötigen Formulare besorgt und die Anweisung mit Schreibmaschinenschrift hergestellt. Seine Freundin Wally Schredel fälschte die Unterschrift G. Meyer in dem an die Deutsche Bank in Berlin gerichteten Brief und setzte sich mit ihrer Freundin Sonja Vesche, genannt Landau, in Verbindung. Diese sollte den Betrag von 150 000 M. abheben. Das Betrugsmanöver mißglückte und die Helfershelfer wurden in ihrem gemeinsamen Quartier in der Marienstr. 9, der Urheber des Schwindels in Frankfurt a. M. festgenommen. Voretti hat zwar noch kein Geständnis abgelegt, dürfte sich aber bald hierzu bequemen. Seine Geliebte hatte bereits für den Fall des Gelingens für Voretti im Hause Königgräber Straße 44 auf den Namen Meyer ein Zimmer gemietet.

Doppelselbstmord in einem Hotel.

In einem Hotel in der Unterbaumstraße lebte am Montagabend um 9 1/2 Uhr ein Paar ein, das sich Kaufmann Martin Kronheim aus Fürstentwalde und Frau nannte. Die beiden begaben sich sofort auf ein Zimmer, für das sie 6 M. zahlten. Am Dienstagabend klopfen der Kellner und das Zimmermädchen gegen 8 Uhr an und erhielten keine Antwort. Jetzt öffnete man mit Gewalt die von innen verriegelte Tür und fand, daß die Gäste ihrem Leben ein Ende gemacht hatten. Beide hatten eine Schußwunde in der rechten Schläfe. Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schaulause gebracht. Die Ermittlungen ergaben, daß der Mann ein 28 Jahre alter Kaufmann Martin Kronheim aus der Karlstraße 5 zu Fürstentwalde ist. Seine Begleiterin ist eine 24 Jahre alte Betty Speichert aus Brandenburg. Das Paar besah noch 25 M. Bei ihm fand man Bistritenkarton auf den Namen Geiger und einen Pfandschein über den Verkauf eines Trauringes auf den Namen Kronheim. In einem Briefe an den Vetter, den er im Verzeihung hat, verfügte A. über seine Uhr und Schmuckstücke. Einen verschlossenen Brief hinterließ er an einen hiesigen Angehörigen.

Zwei Zeppelinluftschiffe über Berlin. Einen hübschen Anblick gewährte am heutigen Vormittag die Begegnung des neuen Marine-Luftkreuzers „L. II.“ und der „Sachsen“. „L. II.“ hatte eine Uebungsfahrt über Berlin und die Vororte gemacht und traf in der Nähe des Haleschen Loos die „Sachsen“, die ebenfalls eine militärische Ausbildungsfahrt absolvierte. Die beiden Zeppeline kreuzten längere Zeit und entfernten sich dann in entgegengesetzter Richtung.

Achtung! Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen!

Morgen Freitag, den 26. September 1913, abends 8 Uhr, finden fünf große unpolitische Jugendversammlungen statt in folgenden Lokalen:

Jugendversammlungen

- Pharusstraße, Müllerstraße 142
Ballschmieders Festhalle, Badstraße 10
Docters Gesellschaftshaus, Weberstraße 17
Arminshallen, Kommandantenstraße 58/59
Verolina-Festhalle, Schönhäuser Allee 28.

Tagesordnung:

„Die proletarische Jugendbewegung in der Gegenwart.“

Arbeiterjugend! Sorgt für Massenbesuch dieser Versammlungen. Bringt Eure Freunde und Bekannten mit! Auch Erwachsene und Freunde der Jugend sind willkommen.

Das Heim des Bundes für Muttterschutz für hilfsbedürftige werdende Mütter, sowie für Mütter mit ihrem Kinde befindet sich jetzt Wilmerdors, Sigmaringer Str. 25, I. Dort ist auch die Zentralauskunftsstelle, in der von der Oberin täglich von 9-1 und Dienstag und Freitag auch von 7-9 Uhr abends Rat und Auskunft (über Unterkunft, Nachschub, Vermittlung von Pflegestellen, Arbeitsnachweise usw.) erteilt wird. Außerdem wird an folgenden Stellen ebenfalls Auskunft gegeben: SO., Mariannenufer 2 (Sprechstunde 2-4); N. 37, Schönhauser Allee 164, Frau Lesheim (Sprechstunde 2-3); Regensburger Str. 12, Frau Müller (Sprechstunde 10-11 1/2); W. 35, Lützowstr. 75, Frau Horwitz (Sprechstunde 4-5), Rat und Auskunft unentgeltlich.

Der Männerchor Fichte-Georgina 1879 (M. d. A.-E.-V.), Chorleiter Th. Gerbold, und das Miltner-Orchester veranstalten am Dienstag, den 30. September, im großen Konzertsaal der Branerei Friedrichshain ein populäres Konzert. Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkaufsbillette sind zu haben im Bureau des 4. Wahlkreises, Stralauer Platz 10/11, bei den Mitgliedern des Vereins sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen. An der Abendkasse 75 Pf.

Drei Pferde bei einem Stallbrand erstickt. In der fünften Morgenstunde wurde gestern die Feuerwehr nach dem Luisen-ufer 12 gerufen, wo auf dem Hofe in einem Pferdestall Feuer ausgebrochen war. Der Brand hatte Holzwolke, die zur Streudiente, erfaßt, schmelzte aber nur, da die Holzwolke sehr feucht war. Der ganze Stall war von dichtem Rauch angefüllt. Als die Feuerwehrmannschaften vordrangen, fanden sie drei Pferde tot vor. Die Tiere waren infolge der starken Raucheinwirkung erstickt und Spuren zeigen, daß sie einen fürchterlichen Todeskampf durchgemacht haben. Der Brand konnte bald gelöscht werden. — Am Rotbuler Damm 24 hatte die Feuerwehr außerdem noch einen größeren Kellerbrand zu beseitigen. Ein Posten Späne hatte hier Feuer gefangen.

Verloren. Am Freitag ist auf dem Wege von der Venderstraße bis Schliemannstraße eine Tasche mit Organisationsbüchern und Billette verloren worden. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselben gegen Erstattung der Unkosten abzugeben bei Willi Domann, Schliemannstraße 28, Seitenflügel III.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Verzögerung des Volksbadanstalts-Erweiterungsbaues. In unserer vor einigen Wochen hier veröffentlichten Zusammenfassung der städtischen Bauprojekte, für die die Mittel bereits bewilligt sind, erwähnten wir, daß dem baldigen Beginn des Erweiterungsbaues der Volksbadanstalt in der Krümme Straße Mietverträge entgegenstünden, für deren Lösungen bedeutende Entschädigungen gezahlt werden müßten. Es war in Aussicht genommen, den Bau am 1. April des nächsten Jahres in Angriff zu nehmen. Das hätte zur Voraussetzung gehabt, daß die in Frage kommenden Grundstücke Krümme Straße 6-9 zum 1. Januar 1914 bereitgestellt würden, um bis 1. April den Abbruch der alten Gebäude vornehmen zu können. Nun können aber nicht alle Grundstücke zum 1. April verfügbar gemacht werden, weil sich eine größere Anzahl Mieter trotz angebotener Entschädigung weigert, am 1. Januar auszugiehen.

Die Entschädigung, die von den in Betracht kommenden Mietern bei einer Räumung am 1. Januar gefordert wird, beträgt in Summa 29 618 M. Diefelbe verringert sich um 15 208 M., wenn die Räumung bis zum 1. Juli hinausgeschoben wird. Der Magistrat will auch diese Summe sparen und beantragt daher, in Anbetracht der unerschwinglich hohen Entschädigungsforderungen die Räumung zum 1. Juli 1914 zu veranlassen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Vollendung des Baues dadurch um ein halbes Jahr hinausgeschoben, seine Fertigstellung also nicht schon zum 1. April 1916, sondern erst zum 1. Oktober 1916 zu erwarten ist. 7000 M. sind bereits für Abfindungen bewilligt. Die Vereinfachung der dann noch fehlenden 7250 M. sind ebenfalls bei der Stadtverordnetenversammlung beantragt. — So erfreulich auch die gute Absicht des Magistrats ist, 15 000 M. sparen zu wollen, so lebhaft bedauern wir es, daß die Charlottenburger Bürgerschaft dadurch noch weitere zwei Jahre unter der Misere des Bodemens leiden soll.

Die Stadtverordnetenversammlung sollte sich bei Beratung der Vorlage von dem Wunsch der Hochbauverwaltung, die Sache hinauszuschieben, weil sie infolge außerordentlicher Belastung den endgültigen Bauentwurf bis zum 1. Januar nicht bringen konnte, nicht leiten lassen.

Eine Badeanstalt ist mindestens so nötig wie ein Opernhaus, und was bei diesem möglich war, darf hier nicht unmöglich sein.

Eine Schulentlassungsfeier findet am Sonntag, den 28. September abends 7 Uhr, im Volkshaus, Köpenicker Str. 3, statt. Außer einer Ansprache des Herrn Dr. Karl Liebknecht wird den Teilnehmern ein reichhaltiges künstlerisches Programm geboten.

Die Arbeiterjugend Charlottenburgs und deren Eltern sind freundlich eingeladen. Eintritt für Jugendliche unter 18 Jahren frei. Billette für Erwachsene a 30 Pf. sind bei Scharnberg, Sefenheimer Str. 1 („Vorwärts“-Expedition) erhältlich.

Neutöln.

Aus der Magistrats-Sitzung. Der Magistrat nahm zunächst Kenntnis von der Genehmigung des Hafenzweiggleises durch das Berliner Polizeipräsidium und stimmte dem Entwurf für den einseitigen Anschluß an den Güterbahnhof Neutöln-Deptow und den endgültigen Anschluß an den Bahnhof Köllnische Heide zu. Mit der Herstellung des einseitigen Anschlusses soll sofort begonnen werden. — Als Leiter der Einrichtungsstelle wurde an Stelle des ausscheidenden Lehrers Niemann der Lagerverwalter A. Blätter, Maglower Straße 10, gewählt. — Alsdann genehmigte der Magistrat den Vertrag mit der Großen Berliner Straßenbahn wegen Austausch von Gelände im Industriegebiet. — Dem Vertragsentwurf wegen Durchführung der Kaiser-Friedrich-Strasse durch den Dammkörper der Anschließbahn am Bahnhof Köllnische Heide wird mit den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. — Zum Schluß wurde die Errichtung der Stelle eines Schleusenmeisters für die Leitung und Beaufsichtigung des Schleusenbetriebes und für die Übernahme des Meldedienstes auf dem gesamten Neutölnener Schiffahrtskanal beschlossen.

Ober- und Nieder-Schöneweide.

Am 27. September veranstaltet der Jugendausflug im Restaurant Blumenpark, Ostendstraße, ein Konzert des Miltner-Orchesters, bei welchem die Sängerin Frä. Elviede Lotte Huff mitwirken wird. Die Ansprache wird Frau Käthe Dunder-Steglich halten. Der Beginn des gut zusammengestellten Programms ist auf 8 1/2 Uhr angesetzt. Der Eintritt ist für Jugendliche unter 18 Jahren frei, für Erwachsene auf 50 Pf. festgesetzt. Ganz besonders werden die Arbeiterkinder ersucht, diese Veranstaltung zu unterstützen.

Aldershof.

Ein Bild des Jammers, so wird uns berichtet, bot sich den Passanten am Sonnabend vor dem Hause Sühnergrund Nr. 1. Eine Familie, die nicht in der Lage war, die Miete zu entrichten, wurde in später Abendstunde trotz stürmenden Regens auf's Pflaster gesetzt. So mußte die Familie, darunter vier kleine Kinder, vollständig durchnäßt vor ihren Sachen stehend, bis in die späten Nachstunden auf der Straße zubringen. Mitleidige Menschen erbarmten sich der Familie und nahmen dieselbe auf, während die Möbel noch am Montag auf der Straße standen.

Die Tatsache, daß der Verwalter des Hauses — angeblich ein Herr Donner, Lehrer a. D. — die Familie während des schlechten Wetters auf die Straße setzte, erregte unter den Passanten große Empörung.

Kallberge-Rüdersdorf.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurde eine Vertretung der Gemeinde für die Gesellschaftsversammlung des „Gaswerks Niederbarnim-Ost“ gewählt. Als Aufsichtsratsmitglied der Gesellschaft wurde Gemeindevorsteher Lütke bestimmt. Der Geschäftsanteil in Höhe von 40 000 Mark soll durch ein Darlehen aus der Niederbarnimer Kreisparasse entnommen werden. Das Kapital soll mit 4 1/2 Prozent verzinst, mit 1 1/4 Prozent amortisiert werden und innerhalb von 35 Jahren völlig getilgt sein. — Zur Verrückung der Kosten für den Erweiterungsbau des Amtsgerichts soll eine Anleihe von 132 000 Mark durch Vermittlung des Bankhauses Alexander Schmidt-Berlin aufgenommen werden. Die Anleihe wird mit 4 1/2 Prozent verzinst und mit 1 1/4 Prozent getilgt. In Abschlußprovision sind 2 Prozent zu zahlen. — Die Angelegenheit betreffend Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 110 000 Mark für den Bahnbau wurde verlegt. — Ebenfalls verlegt wurde ein Antrag auf Erbauung einer Leichenhalle.

Spandau.

Großstadtfest. Uns wird geschrieben: In der alten, historischen Festungsstadt Spandau tagte am 22. und 23. September der Brandenburgische Städtetag. Die weit aus der Provinz zusammengeströmten Vertreter der Städte beschäftigten mit großem Interesse die neu-geschaffenen städtischen Einrichtungen und Anlagen des Tagungs-ortes; darunter auch die jungfräulichen Parks und Schmuckanlagen. Der Herr Oberbürgermeister, oder wie sonst seine offizielle Bezeichnung ist, tat den fremden Gästen gegenüber sehr wichtig. Möglich, daß er ein Recht dazu hat, auf seine eigenen gärtnerischen Schöpfungen oder die anderer stolz zu sein. Trotz des spröden und trockenen Bodens sei es gelungen, solche schönen und imposanten Schmuckplätze zu schaffen. Nur ein Mangelstand erschwere ihm das Arbeiten! Seine Leute sind unzuverlässig. Sie verlangen hohen Lohn und wollen nichts tun. Nur Gefinde — richtiger Großstadtfest — sei zu bekommen. Es sind alles Sozialdemokraten und gehören dem roten Verband an. —

Ein würdiger Schüler des Reichsverbandes, dessen Erziehungs-methoden dem Anschein nach wenig erfolgreich waren.

Gerichts-Zeitung.

Das Eisenbahnunglück auf dem Bahnhof Jannowitzbrücke. Um 7 1/2 Uhr morgens verarmelte sich gestern das Gerüst auf dem Bahnhof Jannowitzbrücke. Von dem Geheimen Raurat W a m b s g a n g und dem Oberbaurat G e n y e n und zwei höheren Beamten von der Eisenbahndirektion geleitet, traten die Prepress-beteiligten den nicht ungefährlichen Weg längs der Schienen nach der sogenannten Signalbrücke, einem hohen Gerüst in der Nähe der Bahnhofskasse an. Die Beteiligten, voran der Vorsteher, kletterten die 38 Stufen hinauf zu der ruhgeschwägerten und vom Morgenebel feuchten Plattform, um von hier aus das Einfahrtssignal zu beobachten. Dann ging es zurück zum Bahnhof, wo truppweise das Hochhauschen auf dem Bahnsteige besichtigt wurde. Der An-

geklagte selbst nahm während des Betriebes die erforderlichen Handgriffe vor, um den Richtern zu zeigen, daß zur Bedienung der Apparate die gespannteste Aufmerksamkeit erforderlich sei.

Die Fortsetzung der Verhandlung fand in der ersten Stunde im Moabitser Kriminalgericht statt.

In der Beweisaufnahme wurden nach der Vernehmung der Sachverständigen die Lokomotivführer und Heizer der Maschinen der aufeinandergefahrenen Züge vernommen. Die Vernehmung ergab, daß nach der Einfahrt des Zuges 2277 das Ausfahrtsignal plötzlich auf „Halt“ fiel und daß das Einfahrtsignal für 1750 gezogen war, so daß ein Zusammenstoß erfolgen mußte. An die Vernehmung dieser Zeugen, sowie der Beamten der vor und hinter dem Bahnhof Jannowitzbrücke liegenden Stellwerke schlossen sich längere technische Auseinandersetzungen an. Die Sachverständigen gaben zu, daß der Führer eines in Jannowitzbrücke einfahrenden Zuges an der Ueberfahrt über die Strecke durch die starke Krümmung der Bahn und durch Schornstein und Dampffessel der Maschine behindert werde. Randt hatte, wie der Stellwerksbeamte Krause bezeugte, offenbar in der Annahme gehandelt, daß ihm die Einfahrt des bereits in der Halle stehenden Zuges 2277 vom Stellwert F5 noch nicht gemeldet gewesen sei. Auf Befragen bestätigte der Zeuge, daß Randt nach dem Unfall von einem leichten Unwohlsein befallen wurde und dann verlangte, daß niemand den Wock berühre, bis ein Aufsichtsbeamter erschienen sei. Der Angeklagte bricht hierbei in Tränen aus.

Weitere Zeugen bezeugten, daß sie wiederholt, ohne es zu bemerken, im Vorübergehen durch dieses Streifen der Signalfahnen die Signale verändert hätten. Insbesondere bezeugte der Eisenbahnhilfsassistent Thurnau auf Befragen, daß die schnelle Aufeinanderfolge der Züge und die durch den Wock verursachten Geräusche die Beamten an dem Wock fast betäubten und so bewirkten, daß einzelne Handlungen und Griffe rein mechanisch vorgenommen wurden. Unterassistent Quade bezeugte, es sei vorgekommen, daß ein Signal auf „freie Fahrt“ stehen geblieben ist und trotzdem eine Blockung möglich gewesen war. Dasselbe Einfahrtsignal, das hier in Frage kommt, habe in dieser Weise nicht funktioniert. Die Signalführungslänge hatte sich krümmen gebogen, so daß der Kontakt ständig geschlossen war. Geh. Raurat Wambögen bemerkte hierzu, daß es sich um ein altes Signal handelte, während an der Unfallstelle schon seit Jahren ein neues Signal stehe, an welchem eine Verbiegung der Führungslänge nicht möglich ist.

Der Angeklagte Randt erklärt, daß ihm mitgeteilt worden sei, daß am 2. Januar dieses Jahres und im Frühjahr vorigen Jahres das Signal ebenfalls auf „freie Fahrt“ stehen geblieben sei und dadurch um ein Haar ein gleicher Unfall herbeigeführt worden wäre. Auf Fragen des Vorsitzenden an den Lokomotivführer des aufgeführten Zuges erklärt dieser, daß an dem Unglücksmorgen regnerisches und nebligtes Wetter war, b. h. das ungünstigste Wetter, welches es auf der Stadtbahn geben könne. Das Signal war bei diesem „schmutzig“ genannten Wetter sehr schwer zu erkennen.

Der Staatsanwaltschaftsaffessor Schumann beantragte die Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten. — Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Puppe beantragte die Freisprechung des Angeklagten, da diesem eine Fahrlässigkeit im Sinne des Gesetzes nicht nachgewiesen worden sei.

Der Gerichtshof kam zu einer Verurteilung des Angeklagten wegen fahrlässiger Tötung in Tateinheit mit Transportgefährdung und Körperverletzung. Wie der Vorsitzende in der Urteilsbegründung zum Ausdruck brachte, hat das Gericht eine Fahrlässigkeit des Angeklagten darin erblickt, daß er, irritiert durch das häufig falsche Funktionieren des Ausfahrtsignals, welches auf „Halt“ fiel, er das Einfahrtsignal für den folgenden Zug gegeben hatte. Seitens der Verteidigung sei darauf hingewiesen worden, daß der Angeklagte diese Handlung gemacht hat und der Sachverständige hat angegeben, daß diese Handgriffe von Beamten, die schon lange Zeit im Dienst sind, leicht mechanisch ausgeführt werden. Das könne der Angeklagte nicht entschuldigen, er sei nicht dazu da, seine Obliegenheiten mechanisch zu erfüllen, sondern gerade mit gespannter Aufmerksamkeit. Die Fahrlässigkeit liegt aber noch darin, daß er den haltenden Zug hat stehen lassen, ohne daß er noch schnell das Einfahrtsignal für den folgenden Zug auf „Halt“ stellte, was er noch Zeit hatte. Der Verteidiger habe nur ausgeführt, daß der Betrieb auf der Stadtbahn derartig schnell ist, daß die Beamten hin und wieder ein Auge zudrücken müssen, um den Betrieb bewältigen zu können. Das sei aber eine Unsitte, welcher scharf entgegengetreten werden müsse. Die Augen müssen nicht zugekniffen, sondern gerade offen gehalten werden. Den Lokomotivführer des aufgeführten Zuges trifft keine Schuld. Mit Rücksicht auf die bisherige Unbedenklichkeit, das tadelfreie Leben, namentlich aber auch mit Rücksicht auf den unglücklichen Zufall, daß sich das Signal selbstständig auf „Halt“ gestellt hatte und der Angeklagte hierdurch zu seiner Fahrlässigkeit verleitet worden war, hat das Gericht trotz der Schwere des Unglücksfalles auf drei Monate Gefängnis erkannt.

Die Verurteilung beruht auf einer Ueberspannung des Begriffs der Fahrlässigkeit. Von einem Beamten kann nicht menschenunmögliches verlangt werden. Das Urteil legt zu wenig Gewicht darauf, daß die technischen Vorrichtungen unzulänglich waren und daß die gespannte Aufmerksamkeit, die es von dem Angeklagten verlangt, von Beamten, die eine über wenige Stunden weit hinausreichende Arbeitszeit ohne Versäulden der Beamten erlangen kann. Ein solcher Fall scheint hier vorgelegen zu haben. Besserung der technischen Einrichtungen und Verkürzung der Arbeitszeit wären bessere Maßregeln zur Verhütung künftiger Unglücksfälle als die Verurteilung.

Räuberscher Ueberfall.

Angeklagt um ins Zuchthaus zu kommen, will der 24 Jahre alte Maurer Wilhelm Frieze die Tat begangen haben, die ihn gestern unter der Anklage des versuchten Raubmordes vor das Schwurgericht des Landgerichts I führte. Frieze stammt aus einer anständigen Familie und ist der einzige von mehreren Geschwistern, der aus der Art geschlagen ist. Der Zufall wollte es, daß er gerade an seinem Geburtstag sich wegen der von ihm verübten breißen Tat zu verantworten hatte, die er ausgeführt hat, wenige Tage nachdem er aus einer längeren Straffahrt herausgekommen war. Am 2. Juni erlitten der Angeklagte bei der im Hause Köpenicker Straße 183 wohnenden Frau des Putzmachers Sieg und erkundigte sich nach einer dort zu vermietenden Schlafstelle. Er ließ sich in ein Gespräch mit ihr ein, und als sich die Frau, die sich allein in der Wohnung befand, sich einmal umdrehte, um etwas zu holen, sprang der Angeklagte plötzlich auf sie zu und würgte sie am Hals. Frau Sieg wehrte sich, es gelang ihr, die Hände des Angeklagten an ihrem Hals ein wenig zu lockern und sie rief laut um Hilfe. Der Angeklagte ergriff nun die Flucht, er lief aber auf der Treppe dem im Hause wohnenden Kriminalhauptmann Schneider in die Arme, der ihn festnahm. Bei seiner Leibvisitation ergab sich, daß der Angeklagte ein ganz neues Messer bei sich trug. Daraus wurde geschlossen, daß er mit der Absicht zu Frau S. hinaufgegangen sei diese zu töten und zu berauben. Der Angeklagte bestritt diese Absicht und behauptete, daß er sich nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis vergeblich um Arbeit bemüht habe und deshalb habe er sich entschlossen, eine Tat zu begehen, die ihn ins Zuchthaus bringen würde, denn man habe ihm gesagt, daß es im Zuchthaus besser sei als im Gefängnis. Auf Werd sei er nicht ausgegangen, ebensowenig habe er stehen wollen. Die Geschwornen sprachen ihn des versuchten schweren Raubes unter Mitführung einer Waffe schuldig und verurteilten ihn die milderen Umstände. Das Urteil lautete auf ein Jahr sechs Monate Zuchthaus.

Berechtigte Interessen.

Vom Landgericht III in Berlin sind, wie unseren Lesern innerlich, am 27. Februar die Genossen Adolf Viebold und August Fischer, beide aus Lübars, von der Anklage der Verurteilung freigesprochen.

Zuher sollte ein Wahlflugblatt verfaßt und Viebold hatte es drucken lassen im Februar 1912 wurde es im Orte verteilt. Darin war die Rede davon, daß der Gemeindevorsteher Müller im Dezember 1910 in einer geheimen Sitzung des Gemeinderates eine Erhöhung seines Gehaltes von 5500 auf 6900 M. erlangt habe, weil man geglaubt habe, der Gemeindevorsteher habe Aussicht, in Teltow gewählt zu werden und weil man ihn durch die Gehaltserhöhung zum Weiben veranlassen wollte. In dem Flugblatte war nun von Fischer, der für die Gemeindevertretung wieder kandidierte, mitgeteilt worden, daß sich seinerzeit für die Stelle in Teltow 192 Bewerber, darunter auch Herr Müller gemeldet hätten, daß aber dieser weder unter den zunächst Ausgewählten, noch unter den dieser besonders vorgeschlagenen fünf Kandidaten sich befunden habe. Mit Rücksicht hierauf sprach das Flugblatt von einer „beispiellosen Däpierung“ des Gemeinderates. Herr Müller schloß sich dadurch beleidigt und stellte Strafantrag. Das Landgericht erkannte auf Freisprechung, weil es dem Angeklagten den Schutz des § 193 im vollen Umfange zubilligte. Auf Grund der erwähnten Tatsachen war das Gericht der Ansicht, die Angeklagten dürften annehmen, daß der Nebenkläger in Teltow nicht in die engere Wahl kommen werde. Dieser Umstand habe in ihnen den Gedanken zur Reife bringen können, daß sie hier einem offenbaren Mißstand auf die Spur gekommen seien. Beide Angeklagte, so heißt es im Urteile weiter, sind steuerzahlernde Gemeindeglieder von Lübars. Sie hatten ein naheliegendes berechtigtes Interesse, einen solchen Mißstand zur Sprache zu bringen und Vorkehrungen zu treffen, daß er abgestellt werde oder wenigstens sich nicht wiederhole. Deshalb ist den Angeklagten der Schutz des § 193 zugestanden worden. Daß der fragliche Vorgang über ein Jahr zurücklag, ändert daran nichts. Um ihrem Kandidaten zum Siege zu verhelfen, mußten die Sozialdemokraten die Sache den Gemeindegliedern ins Gedächtnis zurückrufen. Ueber die durch den § 193 gezogene Grenze sind sie nicht hinausgegangen, insbesondere ist nicht ersichtlich, daß sie die Absicht hatten, dem Nebenkläger etwas an Zeuge zu stelen. Der Name Müllers ist in dem Flugblatte nicht genannt und der ganze Wahlausruf ist in einem durchaus gemäßigten Tone gehalten. Die Worte „beispiellose Däpierung des Gemeinderates“ sind allerdings scharfe Ausdrücke, die Angeklagten konnten aber bei ihrem Bindungsgrad keine anderen Worte wählen, wenn sie das, was sie sagen wollten, ausdrücken wollten. Gegen das freisprechende Urteil hatte der Nebenkläger Revision eingelegt, welche am Dienstag vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kam. Das Reichsgericht erkannte nach dem Antrage des Reichsanwalts auf Verwerfung des Rechtsmittels, da dem Angeklagten mit Recht der Schutz des § 193 zugestanden worden sei.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Hohen-Schönhausen. Freitag, den 26. September, abends 7 Uhr, im Rathaus, Hauptstr. 50.
Weihensee. Freitag, den 26. September, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses, Albertstr. 6.
Wittenau-Vorflughafen. Heute nachmittags 5 Uhr im Rathaus.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeglieder ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Central-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. Billale Reußlin I. Am Freitag, den 26. d. Mt., abends 8 1/2 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung bei Parisch, Hermannstr. 49.

Veranstaltungen.

Ober-Schöneweide. Heute Donnerstag: Gemeindefällige Besichtigung des Krematoriums zu Baumhofweg. Treffpunkt Siemensstraße 1 (zum Mühlengrund). Abends 8 Uhr nachts.
Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 29. September, abends 8 1/2 Uhr, in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97. Zweiter Vortrag: „Geschichte des Frauenwahlrechts“. Referentin Toni Dreißigheild.

Aus aller Welt.

Zwei Schmuggelkandalen in Italien.

Nach gleichzeitiger ist man in Genua und in Rom zwei bösen Schmuggelkandalen auf die Spur gekommen, die seit langer Zeit sich abspielten, und zwar in Kreisen, die berufsmäßig für Ordnung und Bestiz eintreten. In Genua hat man einen Polizeioffizier in Erwartung weiterer Maßnahmen in Stubenarrest gesteckt, weil sich herausgestellt hat, daß er seit Jahr und Tag sich seiner Uniform als Deckmantel bediente, um das einträgliche Geschäft des Schmuggels zu betreiben. Der Mann begab sich an Bord der im Hafen liegenden Dampfer und kaufte hier Tabak und Zigarren, die er dann unter Kameraden und Untergebenen verkaufte. Das ist sehr einträglich, da in Italien durch das Tabakmonopol die ausländischen Tabaksorten sehr teuer sind. Im Nebenamt betätigte sich der Polizeioffizier in ebenfalls lukrativer Weise durch Zimmervermietungen an Dirnen, wobei er für das Zimmer 250 Lire monatlich nahm, weil ja bekanntlich die Moral gebietet, den Dirnen einen möglichst großen Teil ihres mehrfachen Erwerbes abzunehmen. An die große Glocke gekommen ist der Skandal nur dadurch, daß man einen gemeinen Polizisten beim Schmuggeln einer großen Menge von Emaillesachen erripte, wobei der Erripte gestehen mußte, im Auftrage seines Vorgesetzten zu handeln.

Etwas anders liegt der römische Skandal. Es war der dortigen Steuerbehörde aufgefallen, daß ein Mitglied des diplomatischen Korps, und zwar ein Votschaftssekretär der amerikanischen Votschaft, von der Zollfreiheit der Votschaften recht ausgiebig Gebrauch machte und kolossale Mengen von Benzin ohne Zoll einfuhrte. Es schien ausgeschlossen, daß die Automobile des Diplomaten solche Mengen von Benzin verschlingen konnten. Es hat sich nun herausgestellt, daß das Benzin verkauft wurde. Der beschuldigte Votschaftssekretär gibt nun an, daß dieser Mißbrauch ohne sein Wissen geschah und daß sich dritte Personen seines Namens bedient haben, um den Staat zu betrügen. Auch diese dritten Personen müssen der Votschaft recht nahe gestanden sein und werden wahrscheinlich das Benzin auch nicht an kleine Leute und Profiteure abgesetzt haben.

Fliegerabstürze.

Der französische Flieger Cabellier, der an dem Wettschwarm am Mittwoch um den Gordon-Bennett-Pokal teilzunehmen beabsichtigte, stürzte in der Nähe des Flugplatzes von Reims infolge eines Wirbelwindes ab; er ist schwer verletzt, sein Flugzeug zertrümmert. Ein gleiches Schicksal erreichte den russischen Militärflieger Gonschin, der Mittwoch früh in Gatschina mit Passagier zu einem Flug nach Moskau aufgestiegen war. Er stürzte zu unbekannter Ursache in der Nähe der Wohnstation Preobraschenskoja ab. Der Flieger und sein Passagier wurden lebensgefährlich verletzt.
Ein dritter tödlich verlaufener Fliegerabsturz wird aus Ulschda (Marokko) gemeldet. Als der Fliegeroffizier Leutnant Souleillant Mittwochmorgen nach einem Flug in der Umgebung niedergehen wollte, stürzte er auf dem Flugplatz aus einer Höhe von fünfzig Metern herab und erlag sofort seinen Verletzungen.

Kriegsspielerei und Zerkn.

Aus Paris schreibt man uns: Daß keine Jungen beim Soldatenspielen einander verhaßen, ist nicht wunderbar. Denn es handelt sich bei ihnen einmal um ein wirkliches Kräftemessen und für die kindliche Phantasie besteht auch die Grenze zwischen Einbildung und Wirklichkeit nicht. Seltener ist es allerdings, wenn das geregelte Kriegsspiel der Kinder in eine besinnungslose Rauferei ausartet. Es zeigt sich hier, wie leicht die vom Militarismus erzeugte Befessenheit die Funktionen des Intellekts ausschaltet. Ein derartiges Uebergehen von regeltem Spiel in wilden Ernst kommt wohl allort in den kriegerischen Uebungen vor, immerhin führt die Illusion der Spielenden nicht oft Szenen von so grotesker Verwirrung herbei, wie deren eine sich jetzt bei den Mäandern der 57. Brigade im Departement War begeben hat. Dort geschah es, daß eine Kompanie Alpenjäger, die auf die Fahnenwache des 111. Infanterieregiments stieß, den Versuch machte, die Fahne zu erbeuten. Das Kommando hierzu gab der die Jäger führende Oberleutnant. Da sich die Infanterie zur Wehr setzte, entwickelte sich eine wilde Keilerei, bei der es Fausthiebe, Fußtritte und Kolbenschläge gab. Schließlich erwischte ein Feldwebel der Jäger das Fahnenband und rief daran: „Halt, nicht weiter, sonst geht's schlimm!“ Endlich kamen ein paar andere Offiziere herbei, die die Aufgeregten beruhigten.

Jetzt wird die Affäre von den militärischen Oberen untersucht und der Oberleutnant, der sein Vorgehen damit erklärt, daß er seinen Leuten habe zeigen wollen, daß es eine Ehrensache sei, sich die Fahne nicht entreißen zu lassen, wird wohl wegen des ruchlosen Angriffs auf eine französische Fahne diszipliniert werden. Besagte Fahne ist über weggenommen, sie ist an vier Stellen zerrissen. Schände „Antipatrioten“ hätten nicht ärger verfahren können, als die spielenden Krieger in ihrem Wahn.

Keine Notizen.

Den Vater erschlagen. Der frühere Baunternehmer und Spektateur Petri wurde Mittwochvormittag bei einem Streit mit seinen beiden Söhnen auf einem Feld bei Wiskoffen so schwer verletzt, daß er alsbald starb. Der ältere der beiden Brüder, der den tödlichen Schlag mit einer Harke geführt hat, will in Rotwehr gehandelt haben. Er wurde verhaftet.

Einbruch in die Villa Wanfried. In der Nacht zum Mittwoch wurde in die Villa Wanfried in Wahrenth eingebrochen. Es wurden verschiedene wertvolle Gegenstände entwendet, so die silberne Schampstabelle Wagner und eine edelsteinbesetzte Uhr. Der Täter ist unbekannt.

Kesselexplosion in einem russischen Eisenwalzwerk. Im Eisenwalzwerk der Donezjewe-Gesellschaft in Petersburg hat eine Kesselexplosion auf einem Areal von 800 Quadratfaden große Verwüstungen angerichtet. Sieben Personen wurden lebensgefährlich, fünf leicht verletzt.

Gefährter. Ein Boot des portugiesischen Panzerschiffes Vasco da Gama ist in der Nacht von Lagos gefahren, wobei mehrere Personen Verletzungen erlitten. Ein Rettungsboot und ein Dampfboot des Kreuzers „Almirante Reis“, die Hilfe bringen wollten, scheiterten ebenfalls. Infolge einer Explosion auf dem Dampfboot erlitten mehrere Patrosen Brandwunden.

In den Schacht gestürzt. Bei Herbede (Westf.) wird augenblicklich ein Schacht der neuen Zeche „Neuholland“ abgeteuft. Als der neunzehnjährige Bergbauschüler Rohmann an der Pumpe zu tun hatte, brach ein Bret durch und Rohmann fiel in den Schacht, der 25 Meter mit Wasser gefüllt war. Erst 24 Stunden nach dem Sturze konnte Rohmann als Leiche geborgen werden.

Cholerafälle in Ostpreußen-Sachsen. Seit Dienstag sind in Wielka Cholerafälle vorgekommen, von denen zwei tödlich verlaufen. Umfangreiche Maßnahmen zur Behütung einer Weiterausbreitung der Seuche sind getroffen worden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Rechts 1 —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Sachhalt und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Ältere Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.
R. S. 18. Am 6. Oktober. Meldungen bei der Geschäftsstelle, Köpenicker Straße 98 — Ploner 100. I. 27. Ostbahnstr. 2 können wir nicht feststellen. — P. S. 18. Durch Einlegen von Sammelstücken. — Tinte 6. Wenn ein Uebungsstück und Ueberweisungsbefehl vorliegt, sind Sie verpflichtet, an den Gläubiger zu zahlen. Der Antrag muß bis zum Abend des 1. Oktober erfolgt sein. — Kirche. 1. An das Amtsgericht. 2. 50 M. — W. S. 100. Am 1. 10. früh. — W. S. 16. 1. Der Austritt ist bei dem Amtsgericht Berlin-Schöneberg unter Angabe Ihrer Person und Ihrer Religionszugehörigkeit anzumelden. Sie erhalten alsdann Vorladung zu dem Termin, den Sie wahrnehmen müssen. Zum Termin müssen Sie einen Ausweis über Ihre Religionszugehörigkeit mitnehmen. 2. Wenn Sie in diesem Kalenderjahr ausreisen, bleiben Sie noch für die Zeit bis einschließlich Dezember 1914 Kirchensteuerpflichtig. 3. Evangelische bei einem Einkommen von 1500 M., Katholiken bei einem Einkommen von 1800 M. — A. W. 200. Die verknüpfte Bereinbarung ist maßgebend. — Neutönn 40. Rein. — W. S. 41. Ja, sofern der Ausbildungszweck noch nicht erreicht ist. — B. S. 3. Richten Sie ein Verlangen an die Erbschaftskommission zur Genehmigung der Uebertragung. Wird Ihnen die Genehmigung erteilt, so müssen Sie sich im Auslande stellen. — P. T. 1000. Rein. Sie haben das Recht, Ihr eigenes Vermögen anzufordern. — G. 4. Zunächst brauchen Sie sich nicht um die Einschätzung zu kümmern. Erfolgt eine Nachveranlagung, so sind Sie allerdings zahlungspflichtig. — Feuer 1913. Falls Sie eine Verlängerungserklärung nicht unterschrieben haben, brauchen Sie nach Ablauf des jetzigen Versicherungsjahres nicht weiter zu zahlen. — Sommer 26. 1. Die Sperrkarte erteilt unsere Bücherei keine Auskunft. 2. Monatslohn 40 M. und steigt nicht mit den Dienstjahren. 3. Karlsruher, Hemmlich. 28. — C. M. Rein. Nicht. — H. W. 32. 1. Rein. 2. Nur dann, wenn die Ehe verprochen war und ein Geschäftswörterer Ratgehabenden hat. — R. 63. Die Adresse des Ueberwachungsamtes ist Charlottenburg, Berliner Straße 11. Die Namen der Klassen, die zugelassen worden sind, erfahren Sie bei der Zentralkommission der Krankenkassen, Berlin, Alexanderstr. 99/100. —

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Sach und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen ihrem Ueberwachen wegen der Ueberweisung von Bescheidungen sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu einreichen werden.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

	am 23. 9.	am 22. 9.		am 23. 9.	am 22. 9.
Wasserstand	23. 9.	22. 9.	Wasserstand	23. 9.	22. 9.
Remel, Müst	190	+42	Saale, Großh.	70	+1
Bregel, Jüterburg	97	+79	Saale, Spandau	23	+1
Wesjel, Ebern	98	+76	Spree, Rathenow	0	+2
Dber, Ratibor	200	0	Spree, Breitenberg	96	+16
• Franfurt	183	-4	• Beston	91	0
• Frankfurt	182	+6	Weser, Minden	133	+2
Wartbe, Scharn	64	0	• Minden	207	+6
• Landberg	31	0	• Rhein, Karminlandau	481	+7
• Kegel, Norddam	4	-4	• Raub	243	-7
• Elbe, Zeitmerg	31	+47	• Rbin	251	-10
• Dresden	-125	+12	Regar, Heilbronn	89	-33
• Borsbe	84	+5	• Rain, Gnanu	118	-2
• Wagdebürg	78	-2	• Wosel, Xrier	59	-8

+) bedeutet Zufluß, — Fall, — *) Unterpegel.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.